

## Jahresbericht 2016

Die Arbeit der

**FDP.Die Liberalen**

und der

**FDP-Liberalen Fraktion der Bundesversammlung**

---

## Rapport annuel 2016

L'activité du

**PLR.Les Libéraux-Radicaux**

et du

**Groupe libéral-radical de l'Assemblée fédérale**

---

Nr. 7 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*  
Herausgegeben vom Generalsekretariat,  
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication no 7 du Parti libéral radical suisse  
Editée par le Secrétariat général,  
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2016 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2016 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur [www.prd.ch](http://www.prd.ch) et [www.plr.ch](http://www.plr.ch) sous la forme d'un document pdf.

1.	Die FDP kämpft für das Erfolgsmodell Schweiz .....	5
1.1.	Neues Führungsteam startet voll durch .....	6
1.2.	Einsatz für eine erfolgreiche Schweiz .....	6
1.3.	Engagement für eine wirtschaftlich starke und sichere Schweiz .....	7
1.4.	Kampf gegen die Abschottung der Schweiz .....	9
2.	Le PLR se bat pour le modèle à succès suisse .....	11
2.1.	La nouvelle équipe met les bouchées doubles .....	12
2.2.	S'engager pour une Suisse à succès.....	12
2.3.	Engagement pour une économie forte et une Suisse sûre .....	13
2.4.	Combat contre l'isolement de la Suisse .....	14
3.	Parteiarbeit/DV – Activités du Parti/AD .....	16
3.1.	Delegiertenversammlung in Schwyz vom 16.01.2016 .....	16
3.2.	Delegiertenversammlung in Bern vom 16.04.2016.....	16
3.3.	Delegiertenversammlung in Brugg AG vom 25.06.2016.....	17
3.4.	Delegiertenversammlung in Montreux VD vom 01.10.2016 .....	17
3.5.	Delegiertenversammlung in Thun BE vom 26.11.2016 .....	18
4.	Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2016 .....	19
4.1.	Parteipräsidentenkonferenz (PPK).....	19
4.2.	Sekretärenkonferenz (SK).....	19
4.3.	Volksabstimmungen .....	19
5.	Frühlingssession - Session de printemps (29.02.-18.03.2016) .....	22
5.1.	Von halbvollen und halbleeren Ratssälen .....	22
5.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	22
6.	Sondersession Nationalrat - Session spéciale Conseil National (25.-27.04.2016) .....	25
7.	Sommersession – Session d'été (30.05.-17.06.2016) .....	26
7.1.	Vom Parlamentspingpong in Bern und einer charmanten Stadt im Waadtland .....	26
7.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	27
8.	Herbstsession – Session d'automne (12.09.-30.09.2016) .....	29
8.1.	Von der prägenden Partei im Parlament.....	29
8.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	30

9.	Wintersession – Session d’hiver (28.11.-16.12.2016) .....	33
9.1.	Von der Zukunft, wo sie stattfindet und wer sie vorantreibt .....	33
9.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	34
10.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz .....	38
10.1.	Erfolgreiches Nein zur Durchsetzungsinitiative.....	38
10.2.	Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen.....	38
10.3.	Lohnleichheit .....	39
10.4.	Rücktritt von Carmen Walker Späh als Präsidentin der FDP Frauen .....	39
10.5.	Rücktritt von Claudine Esseiva als Generalsekretärin .....	39
10.6.	Ja zur Steuerreform.....	39
10.7.	Schlusswort .....	40
11.	FDP.Die Liberalen Service Public .....	41
11.1.	Veranstaltungen 2016 .....	41
11.2.	Aus dem Vorstand.....	42
12.	FDP International .....	43
12.1.	Realisierte Projekte 2016 .....	43
12.2.	Internes .....	44
13.	PLR.Les Libéraux-Radicaux International .....	45
13.1.	Principales réalisations 2016 .....	45
13.2.	Informations internes.....	46
14.	Anhang – Annexe.....	47
14.1.	Anhang A – Annexe A.....	47
14.2.	Anhang B – Annexe B.....	47
14.3.	Anhang C – Annexe C.....	48
14.4.	Anhang D – Annexe D.....	48

# Jahresbericht 2016

## 1. Die FDP kämpft für das Erfolgsmodell Schweiz

**Samuel Lanz, Generalsekretär *FDP.Die Liberalen***

**2016 war für die FDP ein äusserst erfolgreiches Jahr. Wir konnten den Schwung der Wahlen vom Oktober 2015 ins neue Jahr mittragen. So haben wir in den Kantonsparlamenten insgesamt 13 Sitze dazugewonnen. Auch konnte die FDP in den zahlreichen Abstimmungen als Siegerin hervorgehen und hat in Bundesbern den Ton angegeben. Von der abgelehnten Durchsetzungsinitiative, der erfolgreichen Asylgesetzrevision, der Absage an ein bedingungsloses Grundeinkommen bis hin zur Umsetzung der MEI: Die FDP hat eine entscheidende Rolle gespielt. Die Partei konnte 2016 ihren klar liberalen Kurs als Volkspartei mit über 120'000 Mitgliedern weiterverfolgen. Entsprechend hat sich die Partei auch im vergangenen Jahr für eine wirtschaftlich starke und sichere Schweiz eingesetzt und den Kampf gegen die Abschottung der Schweiz fortgeführt. Ein Höhepunkt war die Wahl von Petra Gössi zur Präsidentin der FDP Schweiz im April 2016. Zusammen mit dem ersten Vizepräsidenten Andrea Caroni (AR), den Vizepräsidenten Christian Wasserfallen (BE), Christian Lüscher (GE), Philippe Nantermod (VS) und Christian Vitta (TI) sowie mit der Fraktionsspitze hat sie die Partei in ihrem ersten Jahr als Parteipräsidentin auf dem unabhängigen Kurs gehalten und weitere Erfolge in kantonalen Wahlen und wichtigen Abstimmungen feiern können. Sie kann auf den starken Rückhalt von der Basis bis hin zur Parteispitze zählen. Das Fundament des Erfolgs unserer Partei beruht auf dem persönlichen, vielseitigen und freiwilligen Einsatz unserer Mitglieder und Amtsträger für unsere Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Für ihren Einsatz danken wir ihnen herzlich.**

Aus den Wahlen 2015 konnte die FDP als eine der Gewinnerinnen hervorgehen. Sie kommt neu auf 16,4 % (+1,3 %). Damit hat sie sich klar als drittstärkste Kraft in der Schweiz aufgebaut. Der Abstand zur auf Platz zwei liegenden SP konnte um 1,2 % verkleinert werden und beträgt neu noch 2,4 %. Der Abstand zur auf Platz vier liegenden CVP konnte weiter vergrössert werden (+ 2 %) und beträgt neu 4,8 %. Im 2016 zeigten Wählerumfragen jedoch, dass die Stärke der FDP weiterhin volatil ist. Sie schwankte im Verlauf des Jahres zwischen 15 % und 20 %, wobei es seit Sommer 2016 zu einer leichten Beruhigung gekommen ist.

In verschiedenen Kantonen wurden seit den Wahlen 2015 gewählt. Dabei konnte der Trend der nationalen Wahlen mitgenommen werden. In den Kantonen Jura, St. Gallen, Uri, Thurgau, Freiburg und Basel-Stadt konnten Gewinne verbucht werden. Wobei im letztgenannten Kanton diese auf das Konto der Liberalen und nicht der FDP gingen. Im Kanton Aargau konnte, trotz schwierigem Umfeld, die Sitzzahl gehalten werden. Lediglich in den Kantonen Schwyz (Wechsel Wahlsystem) und Schaffhausen mussten Verluste an Parlamentsmandaten hingenommen werden. In der Bilanz zeigt sich, dass die FDP, mit Abstand vor allen anderen Parteien, 2016 auf kantonalen Ebene am meisten Sitze hinzugewinnen konnte. Dies ist nicht zuletzt dem grossen Engagement der Kantonal- und Ortsparteien zu verdanken. Für das Jahr 2017 stehen Wahlen in den Kantonen Waadt, Wallis,

Neuenburg und Solothurn an. Die FDP blickt voller Vorfreude auf diese Wahlen. Eine der Prioritäten im 2016 und für die kommenden Jahre liegt bei der Stärkung der Kantonalparteien. Entsprechend hat die Parteiführung im 2016 damit begonnen, die Spitzen aller Kantonalparteien systematisch zu treffen und mit ihnen das Gespräch zu suchen. Dies wird in den nächsten Jahren weitergezogen.

Analysen nach den Wahlen zeigen klar, dass die FDP drei Themenbereiche für eine offensive Eigenprofilierung nutzen kann und als die glaubwürdigste Kraft des Landes wahrgenommen wird. Dies sind: Wirtschaftsentwicklung/Wirtschaftsstandort Schweiz, Europafrage und politisches System. In drei weiteren Themen, welche von anderen Parteien besetzt werden, ist die FDP jedoch auch aktiv und kann sich selbstständig positionieren: Sozialpolitik, Umweltpolitik und Migrationspolitik. Damit ist die Partei thematisch in einer perfekten Ausgangslage für die kommenden Jahre. Sie hat ein klares Profil und ist nicht monothematisch aufgestellt.

### 1.1. Neues Führungsteam startet voll durch

Mitte Dezember 2015 verkündete Philipp Müller seinen Rücktritt als Parteipräsident. Mit seinem unermüdlichen Einsatz und seiner einzigartigen Art hat Philipp Müller zum guten Abschneiden der Partei in den Wahlen beigetragen. Er hat in seinen vier Jahren als Präsident unzählige Besuche in Ortsparteien und Diskussionen mit der Basis absolviert und verkörperte damit das Prinzip „Näher zur Basis“ perfekt. Die Parteipräsidentenkonferenz ernannte eine Findungskommission, welche unter der Führung von Vincenzo Pedrazzini die Suche nach einer Nachfolge aufnahm.

Am 16. April wählten die Delegierten der FDP. Die Liberalen Nationalrätin Petra Gössi (SZ) einstimmig an die Spitze des Parteipräsidiums. Als Vize-Präsidenten amtieren für die kommenden zwei Jahre Ständerat Andrea Caroni (AR, neu), Nationalrat Christian Lüscher (GE, bisher), Nationalrat Philippe Nantermod (VS, neu), Nationalrat Christian Wasserfallen (BE, bisher) und Regierungsrat Christian Vitta (TI, neu). Auch sie wurden einstimmig gewählt. Bereits die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten schlug sie einstimmig zur Wahl vor. Die Schwyzerin Petra Gössi, die bereits auf kantonaler Ebene das Parteipräsidium führte, steht für eine liberale, bürgerliche und reformorientierte FDP. Gleichzeitig verabschiedeten die Delegierten Philipp Müller und verdankten seinen riesigen Einsatz und die äusserst wertvolle Arbeit.

### 1.2. Einsatz für eine erfolgreiche Schweiz

Die FDP blickt nach vorne. In den wichtigen Themen Digitalisierung und Bilaterale Beziehungen konnte die Partei in wichtigen Themenfeldern aktiv werden und proaktiv ihre Position für die kommenden Jahre definieren:

- › Digitalisierung: „Wir befinden uns inmitten einer gewaltigen wirtschaftlichen Revolution. Nicht die erste ihrer Art, sondern bereits die vierte, was ihre Wucht jedoch nicht zu mindern vermag.“ Mit diesen Worten eröffnete Parteipräsidentin Petra Gössi die letzte Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen im Jahr 2016. Die Digitalisierung, beziehungsweise die Industrie 4.0, bringt enorme Chancen, aber auch Herausforderungen mit sich. Wie die FDP diesen begegnet, legte sie am 26. November in einem von den Delegierten verabschiedeten Positionspapier dar. Die Digitalisierung ist in vollem Gange und wir müssen zusehen, dass wir den Anschluss nicht verpassen. Die Delegierten haben mit dem Positionspapier „Chancen der Digitalisierung“, welches sie einstimmig annahmen, die klare Positionierung der FDP auf diesem Gebiet untermauert. Darin schlagen wir

mehrere Lösungen vor, damit unsere Gesellschaft über die notwendigen Mittel verfügt, um den Herausforderungen und Chancen dieser 4. Industriellen Revolution zu begegnen. Die FDP will, dass die Schweiz an der Spitze der technologischen Innovation bleibt und das Potenzial der Digitalisierung nutzt, um den Standort Schweiz weiter zu stärken. Die Aufgabe des Staates ist es jedoch nicht, Industriepolitik zu betreiben. Wir fordern, dass aktiv und rasch liberale Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Wirtschaft und Bevölkerung die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

- › Europapolitik: Die FDP ist die führende Wirtschaftspartei und hat auch die höchste Kompetenz in der Europapolitik. Mit Blick auf den von Grossbritannien beschlossenen Austritt aus der EU ist diese gefragter denn je. Umso mehr sind nun stabile Beziehungen sowie Rechtssicherheit mit den europäischen Partnern und mit Grossbritannien entscheidend für die Schweiz. Die Delegierten verabschiedeten in Brugg AG hierzu eine Resolution, die aufzeigt, wie die FDP diesen Herausforderungen begegnet. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist für Schweizer Unternehmen von höchster Wichtigkeit, denn die europäische Union (EU) ist unser wichtigster Partner in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht. Deshalb will die FDP die bilateralen Verträge zwingend erhalten. Die FDP wird sich weiter für die bilateralen Verträge und gegen einen EU-Beitritt einsetzen. An ihrer Delegiertenversammlung in Montreux sprach sich die FDP. Die Liberalen einmal mehr klar für den bilateralen Weg aus. Die Delegierten verabschiedeten ohne Gegenstimme ein entsprechendes Positionspapier und unterstreichen damit ihre Unterstützung des Königsweges.

### 1.3. Engagement für eine wirtschaftlich starke und sichere Schweiz

Die FDP hat sich auch 2016 mit viel Engagement für die Beibehaltung der guten Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz eingesetzt. Dabei bekämpfte die Partei alle wirtschaftsschädlichen Initiativen von linker Seite erfolgreich:

- › Nein zur Spekulationsstopp-Initiative: Die Spekulationsstopp-Initiative hat versprochen, das Hungerproblem der Welt zu lösen. Ein hehres Ziel, das aber nie erreicht worden wäre. Das sah auch die Stimmbevölkerung so und hat die Initiative am 28. Februar abgelehnt. Die FDP begrüsst diesen Entscheid, der kontraproduktiv gewesen wäre und lediglich Steuereinnahmen und Arbeitsplätze in der Schweiz aufs Spiel gesetzt hätte. Gerade in der heutigen Zeit können wir es uns nicht leisten, unsere Standortattraktivität mit solchen Vorschlägen zu gefährden.
- › Nein zu einem bedingungslosen Grundeinkommen: Am 6. Juni bewies das Stimmvolk, dass es hinter unseren Werten Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung steht und sprach sich deutlich gegen diese utopische Initiative aus. Das Schweizer Stimmvolk hat sich nicht vom verführerischen Volksbegehren hinters Licht führen lassen, welches unseren Wohlstand aufs Spiel gesetzt und zum Kollaps unserer Sozial- und Wirtschaftssysteme geführt hätte. Die FDP kämpfte an vorderster Front gegen die Initiative und wollte nicht zulassen, dass viele Menschen jeden Tag zur Arbeit gehen, um nur noch andere zu finanzieren. Leistung soll eben auch belohnt werden und nicht Untätigkeit und Staatsabhängigkeit.
- › Nein zur AHV-Initiative: Umsichtig hat das Stimmvolk erkannt, dass die langfristige Sicherung der AHV im krassen Widerspruch zum Ausbau der AHV-Renten steht und lehnte die teure AHV-Initiative der SP klar ab. Der Volksentscheid stellt ein klares Votum für eine grundlegende und nachhaltige Reform der Vorsorgewerke dar. Nun ist das Parlament für das Jahr 2017 aufgefordert, die finanzielle Schieflage unserer Altersvorsorge endlich zu beheben. So stellen wir sicher, dass auch die heute Jungen später auf sichere Renten zählen können.

- › Nein zum Grünen Zwang: Am gleichen Abstimmungswochenende wurde die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» mit einem klaren NEIN an der Urne versenkt. Das Stimmvolk hat sich nicht vom sympathisch klingenden Initiativnamen täuschen lassen. Die Schweizer Unternehmen sind bereits heute weltweit Spitzenreiter, wenn es um Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz oder Recycling geht. Dieser Weg muss fortgeführt werden. Dafür braucht es aber unternehmerischen Freiraum, welcher Kreativität und Innovation ermöglicht. Mehr Bürokratie und Zwang auf nationaler Ebene wären die falschen Antworten auf die Herausforderungen gewesen.
- › Nein zur Atomausstiegsinitiative: Am 27. November lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung die Atomausstiegsinitiative deutlich ab. Sie hat sich von der Angstmacherei und den Träumereien der Befürworter im Abstimmungskampf nicht fehlleiten lassen. Die Stimmbevölkerung erkannte, dass die Initiative nicht halten konnte, was sie verspricht. Die Annahme hätte im Chaos geendet, denn innert so kurzer Zeit hätten wir die Produktion nicht ausbauen können und der Import des Stroms hätte das Netz immer mehr an die Leistungsgrenze gebracht. Die Folge wäre nichts anderes als eine unsichere Stromversorgung gewesen.

Aber nicht nur linke Initiativen konnten erfolgreich bekämpft werden. Das Volk stimmte verschiedenen wichtigen Vorlagen zu, obwohl linke Kreise das Referendum ergriffen und so den Standort Schweiz und seine Sicherheit gefährdeten:

- › Abfuhr für die Linken bei der zweiten Gotthardröhre: Mit dieser Abstimmung am 28. Februar ging eine jahrelange Diskussion endlich und in einem guten Sinne zu Ende: Es kann mit dem Bau eines Sanierungstunnels am Gotthard begonnen werden. Damit hat die vernünftige Variante eine Mehrheit der Bevölkerung überzeugt. Der Sanierungstunnel ist die langfristig solide, vernünftig umsetzbare und insbesondere sicherste Lösung. Zudem sichert sie den nationalen Zusammenhalt durch die permanente Verbindung mit dem Tessin. Der Alpenschutz bleibt gewährleistet und ist durch zweimalige Abstimmung durch das Volk demokratisch abgesichert. Damit investiert die Schweiz in ihre Infrastruktur – ein gutes Zeichen für die Zukunft des Standortes Schweiz.
- › Kampf für eine sichere Schweiz: Das neue Nachrichtendienstgesetz, welches am 25. September zur Abstimmung gelang, stellte gerade uns Liberale vor eine Herausforderung. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit war schwierig. Dank des Volksentscheides, der durch das Referendum von linken Kreisen notwendig wurde, werden Sicherheit und Freiheit jedoch nicht dem Zufall überlassen. Um die Freiheit und die Privatsphäre zu schützen, ist das NDG gezielt auf die realen Bedrohungen und sich verändernde Technologien ausgerichtet. Gleichzeitig wird der Nachrichtendienst unter strenge Kontrollen gestellt und Massnahmen dürfen nur nach einem dreistufigen Bewilligungsverfahren eingesetzt werden. Das NDG zeigt: Wer Freiheit will, Sicherheit braucht.

Für die kommenden Monate zeichnen sich aber auch weitere wichtige Kämpfe für eine wirtschaftlich starke Schweiz ab:

- › Schuldenbremse: Die Linken haben den Druck auf die Schuldenbremse 2016 merklich erhöht. In diesem Sinne begrüsst die FDP sehr, dass der Nationalrat eine Motion, welche die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form stärken wird, im November angenommen hat. Die Schuldenbremse ist eine Erfolgsgeschichte für die Schweiz, sie ermöglicht, unseren Bundeshaushalt stabil zu halten und somit den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Die FDP wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieses wichtige Instrument für unser Land bestehen

bleibt und somit verhindert, dass das Wachstum der Bundesausgaben durch einen Schuldenberg finanziert wird.

- › Unternehmenssteuerreform III: Nachdem 206 das Parlament eine gute und ausgewogene Vorlage erarbeitet hat, welche insbesondere auch von den Kantonen gestützt wurde, lehnte das Stimmvolk nach einem Referendum der SP die UR III am 12. Februar 2017 an der Urne ab. Die FDP bedauert die Ablehnung der Steuerreform. Das Abstimmungsresultat darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Reform zwingend nötig ist. In der Schweiz tätige Unternehmen müssen Gewissheit haben, dass ihre Besteuerung international akzeptiert wird. So muss das Parlament nun mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kantonen eine international akzeptierte und wettbewerbsfähige ausarbeiten.

#### 1.4. Kampf gegen die Abschottung der Schweiz

Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes hängt aber auch von seiner Offenheit ab. Entsprechend war das Jahr 2016 ebenfalls geprägt von einem grossen Einsatz der FDP gegen rechte Abschottungspolitik, welche unser Land langfristig politisch isoliert hätte.

- › Durchsetzungsinitiative: Erfreut und erleichtert nahm die FDP am 27. Februar 2016 zur Kenntnis, dass die Schweiz auch in Zukunft auf den Rechtsstaat setzt. Mit einem riesigen Engagement von verschiedenen Komitees, Privatpersonen und an vorderster Front auch von der FDP konnte die Durchsetzungsinitiative gebodigt werden – obwohl der Abstimmungskampf mit ausgesprochen harten Mitteln geführt wurde. Die Initiative war hochproblematisch, denn sie hat das Verhältnismässigkeitsprinzip angegriffen, hätte die Institutionen ausgehebelt und den Rechtsstaat arg in Bedrängnis gebracht. Zudem wäre sie ein zusätzlicher Stein in der Mauer der Abschottung der Schweiz gewesen. Mit dieser Abstimmungsentscheidung wurde der Weg für die beschlossene, pfefferscharfe Umsetzung der Ausschaffungsinitiative freigemacht.
- › Asylgesetzreferendum: In diesem Sinne ist auch die Asylgesetzrevision zu verstehen, welche das Stimmvolk im Juni 2016 zugestimmt hat, nachdem die SVP dagegen das Referendum ergriffen hatte. Nun ist der Weg frei, um die Asylverfahren schneller, korrekter und günstiger zu gestalten. Sie bedeutet damit eine massive Verbesserung in der Asylproblematik. Davon ist auch die Stimmbevölkerung überzeugt und hat die Revision deshalb deutlich gutgeheissen. Sie setzt damit auch ein Zeichen gegen reine Problembewirtschaftung. Allerdings zeigt der relativ hohe Nein-Anteil auch, dass nach wie vor viel Verbesserungspotential herrscht. Die FDP will das Asylsystem weiter nach dem Grundsatz "Hart aber fair" optimieren.
- › Masseneinwanderungsinitiative (MEI): Im Dezember beschloss das Parlament nach harten und langen Diskussionen die Umsetzung der MEI. Die Einführung von Kontingenten und Höchstzahlen, wie es die MEI forderte, hätten die bilateralen Verträge gefährdet. Der Bundesrat konnte keine Verhandlungsergebnisse vorweisen. Eine wortgetreue und gleichzeitig wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Initiative war entsprechend nicht möglich. Mehr noch: Bei einer Verletzung des Freizügigkeitsabkommen (FZA) wäre es zu Retorsionsmassnahmen der EU gekommen, was in der Folge tausende Arbeitsplätze gefährdet hätte. Die bilateralen Verträge sind für die Schweiz von grosser Bedeutung. Zudem hat die Bevölkerung den bilateralen Weg in den vergangenen Jahren mehrfach bestätigt. Eine einseitige Umsetzung, die das FZA nicht verletzt, ist entsprechend die beste Lösung. Schliesslich hat die Initiative der EU ein Druckmittel verschafft, der Schweiz ein institutionelles Rahmenabkommen aufzudrängen – die Schweiz wurde erpressbar. Mit der jetzt beschlossenen Umsetzung fällt dieser Druck weg. Die FDP hat sich als einzige Partei konstruktiv eingebracht und eine mehrheitsfähige Lösung präsentiert, die den Problemen in unserem Land begegnet, jedoch nicht den

bilateralen Weg gefährdet. Der im Dezember 2016 beschlossene Inländervorrang setzt den Hebel dort an, wo Probleme existieren. Je besser es gelingt, das inländische Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen, desto geringer fällt die Zuwanderung aus. Entsprechend sollen in Berufsgruppen oder Tätigkeitsbereichen, wo eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit herrscht, freie Stellen dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldet werden. Das RAV kann passende Personen für ein Bewerbungsgespräch vorschlagen. Es gibt keine Verpflichtung, diese Personen einzustellen. Damit erhalten Arbeitslose eine Chance auf dem Arbeitsmarkt, ganz unter dem Motto „Arbeitslose zuerst“. Der Inländervorrang ist nicht flächendeckend und führt nicht zu übermässiger Bürokratie. Im Gegensatz dazu ist die wortgetreue Umsetzung mit flächendeckenden Kontingenten und Höchstzahlen das wahre Bürokratiemonster. Die FDP stellt seit Jahren Forderungen, die die Zuwanderung begrenzen sollen und hat dazu verschiedene Vorstösse eingereicht. Mit den nun vorgelegten Änderungen im Ausländergesetz (Integration) werden diese Vorstösse endlich gesetzlich verankert und führen zu einer weiteren Drosselung der Einwanderung. Weiter wird mit Änderungen im Ausländergesetz die direkte Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert. Die beschlossene, mit den bilateralen Verträgen kompatible Lösung sichert Arbeitsplätze und verschafft der Schweiz Zeit.

## 2. Le PLR se bat pour le modèle à succès suisse

**Samuel Lanz, secrétaire général du PLR. Les Libéraux-Radicaux**

**L'année 2016 a été couronnée de succès pour le PLR. Nous avons pu maintenir le succès des élections fédérales d'octobre 2015 en gagnant 13 sièges aux diverses élections cantonales. Le PLR est ressorti gagnant lors des treize votations de 2016 et a donné le ton sur de nombreux dossiers dans la Berne fédérale. En effet, le PLR a joué un rôle décisif lors de la campagne contre l'initiative de mise en œuvre et dans le succès de la révision de la loi sur l'asile. Nous nous sommes également fortement engagés dans la campagne contre le revenu de base inconditionnel et sur l'important dossier de la mise en œuvre de l'initiative « contre l'immigration de masse ». En 2016, le parti a maintenu son cap libéral et son étiquette de parti populaire avec plus de 120 000 membres. Le PLR s'est également engagé pour une économie solide et a continué son combat contre ceux qui souhaitent isoler la Suisse. L'un des points culminants de 2016 a été l'élection de Petra Gössi comme présidente du PLR Suisse au mois d'avril. Le même jour, les délégués ont élu l'ensemble de la présidence. Elle se compose des vice-présidents Andrea Caroni (1<sup>er</sup> vice-président, AR), Christian Wasserfallen (BE), Christian Lüscher (GE), Philippe Nantermod (VS) et Christian Vitta (TI). Durant l'année écoulée, ils ont maintenu ensemble l'indépendance du parti et célébré les succès des diverses élections cantonales et ceux des importantes votations. La présidente peut compter sur le large soutien de l'ensemble du parti allant de la base et jusqu'à la tête de celui-ci. Les fondements de notre succès reposent sur l'engagement personnel, polyvalent et volontaire de nos membres et de nos élus au service de nos valeurs Liberté, Cohésion et Innovation. Nous vous remercions du fond du cœur.**

Le PLR est ressorti gagnant des élections fédérales de 2015 en obtenant une force électorale de 16,4 % (+1,3 %). Il s'affirme ainsi comme le 3<sup>ème</sup> parti de Suisse. La différence de force électorale avec le PS, deuxième force politique du pays, a pu être réduite de 1,2 % et n'est plus que de 2,4 %. De plus, l'écart avec le PDC a pu être augmenté (+2 %) et est actuellement de 4,8 %. Plusieurs études réalisées en 2016 démontrent cependant que la force du PLR reste volatile. Elle oscille entre 15 % et 20 % et s'est stabilisée en été 2016. Depuis décembre 2016, elle est devenue constante.

Diverses élections cantonales ont eu lieu depuis les élections fédérales de 2015. Nous avons réussi à maintenir la tendance d'octobre 2015. Nous sommes ainsi parvenus à remporter des sièges dans les cantons de St Gall, d'Uri, de Thurgovie, de Fribourg et de Bâle-Ville. Bien que les derniers sièges cités reviennent au Parti libéral de Bâle-Ville (le parti « radical » ayant perdu des sièges). Dans le canton d'Argovie, malgré l'environnement difficile, nous avons pu maintenir nos sièges. Dans les cantons de Schwytz (changement du système électoral) et de Schaffhouse, nous avons cependant perdu des sièges. Le bilan démontre que le PLR est de loin le parti ayant remporté le plus de sièges aux élections cantonales en 2016. Ces gains sont le résultat de l'important engagement des partis cantonaux et des sections. Pour l'année 2017, des élections sont prévues dans les cantons de Vaud, du Valais, de Neuchâtel et de Soleure. Le PLR est confiant. Une des priorités de 2016 et pour les années à venir est le renforcement des partis cantonaux. A cet effet, la direction du parti a commencé dès 2016 à rencontrer les

présidents des partis cantonaux de manière systématique afin de favoriser le dialogue entre les différentes entités du parti. Cet objectif sera poursuivi durant les prochaines années.

Des analyses après les élections démontrent clairement que le PLR peut utiliser trois thématiques à des fins de profilage afin d'être reconnu comme la force politique la plus crédible du pays. Ces thèmes sont : le développement de la place économique suisse, la politique européenne et le système politique. Dans trois autres thèmes, qui sont cependant menés par d'autres partis, le PLR doit également s'engager et se positionner de manière indépendante : la politique sociale, la politique environnementale et la politique migratoire.

## 2.1. La nouvelle équipe met les bouchées doubles

A la mi-décembre 2015, Philipp Müller a annoncé son retrait de la fonction de président de parti. Par son engagement sans répit et son style unique de faire de la politique, Philipp Müller a contribué au succès du parti lors des élections fédérales. Durant ses quatre années en tant que président, il a effectué de nombreuses visites dans les sections du parti et mené des discussions avec la base de parti. Il a ainsi incarné le principe « plus proche de la base ». La conférence des présidents de parti a nommé une commission de sélection, sous la direction de Vincenzo Pedrazzini, chargée de trouver un successeur.

Le 16 avril, les délégués du PLR. Les Libéraux-Radicaux ont élu, à l'unanimité, la conseillère nationale Petra Gössi (SZ) à la présidence du parti. Ils ont également élu, à l'unanimité, les vice-présidents pour les deux prochaines années. Il s'agit du conseiller aux Etats Andrea Caroni (AR, nouveau), du conseiller national Christian Lüscher (GE), du conseiller national Philippe Nantermod (VS, nouveau), du conseiller national Chrisitan Wasserfallen (BE) et du conseiller d'Etat Christian Vitta (TI, nouveau). La conférence des présidents de parti cantonaux les a recommandés à l'unanimité pour l'élection. Petra Gössi, qui était présidente du PLR Schwytz, s'engage pour un PLR libéral, de centre-droit et favorable aux réformes. Les délégués ont chaleureusement remercié Philipp Müller pour son engagement sans faille pour les valeurs libérales-radicales et son précieux travail.

## 2.2. S'engager pour une Suisse à succès

Le PLR regarde vers l'avant. Le parti s'engage et s'engagera ainsi sur les thèmes importants que sont la numérisation et les relations bilatérales :

- › Numérisation : « Nous sommes au milieu d'une importante révolution économique. Ce n'est pas la première, mais la quatrième. Cela ne l'atténue pas pour autant ». C'est avec ces mots que Petra Gössi a ouvert la dernière Assemblée des délégués du PLR. Les Libéraux-Radicaux de 2016. La numérisation, l'industrie 4.0, fait fondamentalement évoluer notre société et notre économie. Le 26 novembre dernier, le PLR a présenté aux délégués un papier de position contenant ses recettes pour maîtriser ces nouveaux enjeux. La numérisation est en marche et nous devons nous assurer de ne pas rater la correspondance. Les délégués ont, avec le papier de position « Opportunités de la digitalisation », qu'ils ont adopté à l'unanimité, souligné la position claire du PLR dans ce domaine. Nous y proposons plusieurs solutions afin que notre société dispose des moyens nécessaires pour maîtriser les défis à venir et saisir les opportunités apportées par cette 4<sup>ème</sup> révolution industrielle. Le PLR veut que la Suisse reste à la tête des innovations technologiques et utilise le potentiel offert par la numérisation, afin de renforcer davantage la place économique suisse. Nous exigeons

que des conditions-cadre libérales soient mises rapidement en place, afin que l'économie et les citoyens puissent profiter des chances de la numérisation.

- › Politique européenne : le PLR est à la fois le parti de l'économie et celui qui dispose des meilleures compétences en termes de politique européenne. Suite à la décision de la Grande-Bretagne de sortir de l'Union européenne (UE), ces compétences sont plus nécessaires que jamais. Des relations stables tout comme la sécurité juridique avec les partenaires européens sont indispensables pour la Suisse. Les délégués ont adopté à Brugg (AG) une résolution à ce sujet, démontrant la manière de procéder du PLR pour affronter ces défis. L'accès au marché européen est primordial pour les entreprises suisses, car l'UE est notre partenaire économique, culturel et social le plus important. C'est également pour cela que le PLR veut maintenir les accords bilatéraux à tout prix. Le PLR va continuer de s'engager pour les accords bilatéraux tout en excluant une adhésion à l'UE. Lors de l'Assemblée des délégués de Montreux, les délégués du PLR. Les Libéraux-Radicaux ont adopté à l'unanimité un papier de position et ont ainsi réaffirmé leur soutien aux accords bilatéraux.

### 2.3. Engagement pour une économie forte et une Suisse sûre

En 2016, le PLR s'est aussi engagé pour le maintien de conditions-cadre favorables pour la place économique suisse. Le parti a, ainsi, combattu avec succès toutes les initiatives nuisibles à l'économie venant de la gauche :

- › Non à l'initiative « Pas de spéculation sur les denrées alimentaires » : cette initiative avait pour but de lutter contre la faim dans le monde. Un objectif louable, mais qui n'aurait jamais été atteint avec l'initiative. Les citoyens ont partagé cet avis et ont rejeté le projet le 28 février. Le PLR salue cette décision, car l'initiative était contreproductive et aurait mis en danger les recettes fiscales et les emplois en Suisse. Nous ne pouvons pas nous permettre de mettre en jeu l'attractivité de notre place économique, et plus particulièrement dans le contexte actuel, par de tels projets.
- › Non au revenu de base inconditionnel : le 6 juin, les citoyens ont prouvé qu'ils soutenaient nos valeurs de volonté de performance et de responsabilité individuelle en votant contre cette initiative utopique. Les Suisses ne se sont pas laissés bernés par cet objet, qui aurait mis en danger notre prospérité et aurait mené à l'effondrement de notre système social et économique. Le PLR a lutté en première ligne contre cette initiative et refusait qu'un nombre élevé de personnes se rende au travail chaque jour, dans l'unique but d'en financer d'autres. La performance doit être récompensée et non l'inactivité et la dépendance sociale.
- › Non à l'initiative AVSPlus : les citoyens ont reconnu qu'il était nécessaire de garantir l'AVS au lieu de jeter de la poudre aux yeux des citoyens en voulant augmenter l'AVS. Ils ont ainsi refusé l'initiative onéreuse du PS AVSPlus. Ce vote est clairement un signal positif fort pour une réforme fondamentale et durable de la prévoyance vieillesse. Le parlement est maintenant appelé à trouver un remède au déséquilibre de notre AVS en 2017. Nous garantissons ainsi que la génération actuelle puisse compter sur des rentes sûres à l'avenir.
- › Non aux privations massives : durant le même dimanche des votations, l'initiative « Pour une économie durable et fondée sur une gestion efficace des ressources (économie verte) » a été clairement refusée. Les citoyens ne se sont pas laissés bernés par le nom alléchant de l'initiative. Les entreprises suisses sont d'ores et déjà dans le peloton de tête en termes de durabilité, d'efficacité des ressources et de liberté entrepreneuriale, ce qui leur permet d'être créatives et innovatrices. Plus de bureaucratie et de restrictions nationales sont les mauvaises solutions pour de tels défis.

- › Non à l'initiative pour la sortie du nucléaire : le 27 novembre, les citoyens ont clairement refusé l'initiative pour la sortie du nucléaire. Ils ne se sont pas laissés duper par les peurs et les illusions que les initiants ont agité durant la campagne de votation. Les citoyens suisses ont reconnu que l'initiative ne pouvait pas remplir ses promesses. Une adoption aurait mené au chaos, car une augmentation de la production en si peu de temps n'aurait pas été possible et l'importation d'électricité aurait poussé le réseau à ses limites. La conséquence unique de cette initiative aurait été un approvisionnement électrique précaire.

Les initiatives de la gauche ne sont pas les seules qui ont été combattues avec succès. Les électeurs ont adopté différents objets alors que la gauche avait lancé un référendum et mis en danger la place économique suisse et sa sécurité :

- › Défaite pour la gauche sur le deuxième tube du Gothard : avec la votation du 28 février, c'est une discussion de plusieurs années qui se termine bien : la construction d'un tube d'assainissement au Gothard peut enfin être commencée. Cette solution raisonnable a convaincu la majorité de la population. Ce deuxième tube de réfection est la solution durable la plus raisonnable, applicable et sûre. De plus, il permet de garantir la cohésion nationale et liant le Tessin de façon permanente au reste de la Suisse. La protection des Alpes est garantie démocratiquement par la double votation des citoyens. Ainsi, la Suisse investit dans son infrastructure – un signe positif pour l'avenir de la place économique suisse.
- › Engagement pour une Suisse sûre : la nouvelle loi sur le renseignement, soumise aux votations le 25 septembre, était particulièrement un défi de taille pour les libéraux-radicaux. Il s'agissait de trouver un équilibre entre la liberté et la sécurité. Grâce à la décision populaire, qui est devenue nécessaire suite au référendum lancé par la gauche, la sécurité et la liberté ne seront plus une question de hasard. Afin de protéger la liberté et la sphère publique, la LRens est adaptée de manière ciblée aux menaces réelles et aux technologies changeantes. Le service de renseignement est également soumis à de stricts contrôles et les mesures ne peuvent être employées uniquement selon une autorisation en trois étapes. La logique de la LRens est que celui qui veut être libre doit être en sécurité.

Pour les mois à venir, d'importants défis se présentent à nous. Notre engagement est nécessaire pour préserver une place économique suisse forte :

- › Frein à l'endettement : en 2016, la gauche a fait fortement augmenter la pression du frein à l'endettement. A ce sujet, le PLR salue que le Conseil national ait adopté une motion en novembre qui permettra de renforcer le frein à l'endettement sous sa forme actuelle. Le frein à l'endettement est un instrument à succès pour la Suisse, car il permet de maintenir des finances fédérales stables et ainsi de renforcer la place économique suisse. Le PLR va continuer de s'engager pour que cet instrument important pour notre pays soit préservé et ainsi empêcher que la croissance des dépenses fédérales soit financée par une montagne de dettes.

## 2.4. Combat contre l'isolement de la Suisse

Le succès économique de notre pays dépend également de son ouverture. L'année 2016 a ainsi été marquée par un important engagement du PLR contre la volonté politique de certains partis qui ne veulent ni plus ni moins qu'isoler notre pays sur le plan politique et à long terme :

- › Initiative de mise en œuvre : le 27 février 2016, le PLR s'est réjoui du soutien des Suisses envers notre Etat de droit. A travers un immense engagement de divers comités, de personnes privées et en première ligne, du

PLR, l'initiative de mise en œuvre a pu être refusée – bien que la campagne de votation ait été intense. L'initiative était problématique, car elle portait atteinte au principe de proportionnalité, qu'elle minait les institutions et mettait en danger l'Etat de droit. De plus, elle contribuait à l'isolement de la Suisse. Avec le vote du 27 février, la voie a été libérée pour la mise en œuvre de l'initiative pour le renvoi effectif des étrangers criminels.

- › Référendum sur la loi sur l'asile : suite à un référendum de l'UDC contre la loi sur l'asile, les citoyens ont été amenés à se prononcer sur cet objet. Ils l'ont largement soutenu. La voie est maintenant libre pour des procédures de demande d'asile plus rapides, plus efficaces et moins onéreuses. Elle permet ainsi d'améliorer considérablement la problématique de l'asile. Les citoyens en sont également convaincus et ont adopté cette révision. Ils ont ainsi lancé un signal contre les partis qui jouent sur les peurs en créant des problèmes inexistantes. La part de non prouve cependant que des améliorations restent à faire : le PLR veut continuer d'optimiser la loi sur l'asile selon le principe « ferme mais juste ».
- › Initiative contre l'immigration de masse : en décembre et après de longs débats, le parlement a décidé de la mise en œuvre de l'initiative contre l'immigration de masse. La mise en place de contingents et de plafonds, tels que l'exigeait l'initiative, auraient mis en danger les accords bilatéraux. Le Conseil fédéral n'a pas pu présenter de résultats issus de négociations. Une mise en œuvre de l'initiative à la lettre tout en étant favorable à l'économie n'aurait pas été possible. De plus : en cas de violation de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP), l'UE aurait pris des mesures de rétorsion, ce qui aurait mis en danger les emplois. Les accords bilatéraux sont d'une importance primordiale pour la Suisse et les citoyens ont affiché à maintes reprises durant les dernières années leur soutien des accords bilatéraux. Une mise en œuvre unilatérale, qui respecte l'ALCP, est ainsi la meilleure solution. L'initiative a permis à l'UE de chercher à imposer un accord-cadre institutionnel à la Suisse, ce qui a rendu notre pays vulnérable. Avec la mise en œuvre décidée, cette pression disparaît. Le PLR a contribué de manière constructive et a présenté une solution susceptible de remporter la majorité, qui permet de remédier aux problèmes de notre pays mais qui ne péjore pas les accords bilatéraux. La préférence indigène votée en décembre 2016 agit là où c'est nécessaire : mieux nous arrivons à employer la main-d'œuvre locale, plus l'immigration baissera. Par conséquent, les postes vacants de groupes professionnels ou de secteurs d'activité présentant un taux de chômage supérieur à la moyenne devront être signalés à l'Office régional de placement (ORP). L'ORP pourra suggérer des personnes présentant un profil adapté au poste vacant. Il n'y a cependant pas d'obligation d'employer ces personnes. Ainsi, les personnes sans emploi obtiennent une chance d'intégrer le marché du travail, selon le principe « les personnes sans emploi en priorité ». La préférence indigène n'est pas nationale et ne génère pas de bureaucratie excessive. En revanche, une mise en œuvre à la lettre avec des contingents nationaux et des plafonds auraient indéniablement mené à une réelle augmentation de la bureaucratie. Le PLR a publié des exigences depuis plusieurs années pour la réduction de l'immigration et a déposé plusieurs interventions à ce sujet. Avec les modifications proposées de la loi sur les étrangers (intégration) ces interventions seront enfin ancrées dans la loi et mèneront à une réduction supplémentaire de l'immigration. De même, les modifications dans la loi sur les étrangers empêchent l'immigration dans le but de profiter de notre système social. La solution adoptée est donc compatible avec les accords bilatéraux, garantit les emplois et accorde plus de temps à la Suisse.

### 3. Parteiarbeit/DV – Activités du Parti/AD

**Georg Därendinger, Kommunikationschef**

#### 3.1. Delegiertenversammlung in Schwyz vom 16.01.2016

An ihrer ersten Versammlung in der neuen Legislatur begrüsst die Delegierten der FDP. Die Liberalen Bundespräsident Johann Schneider-Ammann, Nationalratspräsidentin Christa Markwalder und die neuen FDP-Mitglieder aus National- und Ständerat. Parteipräsident Philipp Müller schaute zu Beginn der Delegiertenversammlung auf das für die FDP sehr erfolgreiche Wahljahr 2015 zurück: „Dass die FDP an Wähleranteil zulegen konnte, verdanken wir dem grossen Einsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der Orts- und Kantonalparteien, dem Wahlkampfteam und selbstverständlich unseren Wählerinnen und Wählern“. Nun stünden im neuen Jahr grosse Herausforderungen an: verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erhalten, solide Beziehungen mit der EU garantieren, einen gesunden Arbeitsmarkt sichern und eine harte, aber faire Migrationspolitik umsetzen. Hier, und an weiteren Orten, brauche es Lösungen.

##### **Entscheide der Delegiertenversammlung:**

- › Volksabstimmung: Nein zur Durchsetzungsinitiative mit 263 zu 8 Stimmen, 1 Enthaltung
- › Volksabstimmung: Ja zum zweiten Gotthard-Strassentunnel mit 266 zu 5 bei 1 Enthaltung
- › Volksabstimmung: Nein zur CVP-Scheinlösung „Abschaffung der Heiratsstrafe“ mit 240 zu 9 bei 12 Enthaltungen

##### **Entscheid der Parteipräsidentenkonferenz:**

- › Volksabstimmung: Einstimmig Nein zur Spekulationsstopp-Initiative der Jungsozialisten

#### 3.2. Delegiertenversammlung in Bern vom 16.04.2016

Die Delegierten der FDP. Die Liberalen wählten Nationalrätin Petra Gössi (SZ) einstimmig an die Spitze des Parteipräsidioms. Als Vize-Präsidenten amtieren für die kommenden vier Jahre Ständerat Andrea Caroni (AR, neu), Nationalrat Christian Lüscher (GE, bisher), Nationalrat Philippe Nantermod (VS, neu), Nationalrat Christian Wasserfallen (BE, bisher) und Regierungsrat Christian Vitta (TI, neu).

Nationalrätin Petra Gössi (40) erhielt das volle Vertrauen der Delegierten der FDP, welche sie per Akklamation zur Präsidentin wählten. Bereits die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten schlug sie einstimmig zur Wahl vor. Die Schwyzerin, die bereits auf kantonaler Ebene das Parteipräsidium führte, steht für eine liberale, bürgerliche und reformorientierte FDP. Die FDP dankte Ständerat Philipp Müller für sein unermüdliches Engagement. Er führte die Partei in den vergangenen vier Jahren und trug massgeblich dazu bei, dass der während 36 Jahren anhaltende Abwärtstrend bei nationalen Wahlen im vergangenen Herbst gedreht werden konnte.

##### **Entscheide der Delegiertenversammlung:**

- › Volksabstimmung: Ja zur Revision des Asylgesetzes mit 355 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen

- › Volksabstimmung: Nein zu Pro Service Public mit 363 zu 0 Ja bei 5 Enthaltungen
- › Volksabstimmung: Nein zur Milchkuh-Initiative mit 210 gegen 134 bei 7 Enthaltungen

#### **Entscheid der Parteipräsidentenkonferenz:**

- › Volksabstimmung: Einstimmig Ja zum Fortpflanzungsmedizin-Gesetz
- › Volksabstimmung: Einstimmig Nein zur Initiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

### **3.3. Delegiertenversammlung in Brugg AG vom 25.06.2016**

Erstmals fand die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen unter der Leitung von Parteipräsidentin Petra Gössi statt. Sie unterstrich in ihrer Rede den Wert der Freiheit und unser Privileg, in einer freien Gesellschaft zu leben. Auch ist die FDP die führende Wirtschaftspartei und hat die höchste Kompetenz in der Europapolitik. Mit Blick auf den von Grossbritannien beschlossenen Austritt aus der EU ist diese gefragter denn je. Bundesrat Didier Burkhalter machte klar, dass stabile Beziehungen sowie Rechtssicherheit mit den europäischen Partnern und genauso mit Grossbritannien entscheidend sind für die Schweiz. Die Delegierten verabschiedeten hierzu eine Resolution, die aufzeigt, wie die FDP diesen Herausforderungen begegnet.

#### **Entscheide der Delegiertenversammlung:**

- › Resolution „Der Brexit und die Schweiz“ ohne Gegenstimme verabschiedet
- › Volksinitiative: Einstimmig nein zu „AHVplus“
- › Volksinitiative: Nein zu „Grüne Wirtschaft“ mit 244 zu 1 bei 2 Enthaltungen
- › Volkinitiative: Ja zum Nachrichtendienstgesetz mit 237 zu 2 bei 3 Enthaltungen

### **3.4. Delegiertenversammlung in Montreux VD vom 01.10.2016**

Einmal mehr sprach sich die FDP.Die Liberalen klar für den bilateralen Weg aus. Die Delegierten verabschiedeten ohne Gegenstimme ein entsprechendes Positionspapier und unterstreichen damit ihre Unterstützung des Königsweges. Ebenfalls nahmen die Delegierten einstimmig die Unternehmenssteuerreform III an und beschlossen grossmehrheitlich, den voreiligen Atomausstieg der Grünen abzulehnen. Schliesslich stellte die FDP Waadt ihre Regierungsräte vor, die für die kantonalen Wahlen im nächsten Jahr kandidieren.

Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist für unsere Unternehmen von höchster Wichtigkeit, denn die europäische Union (EU) ist unser wichtigster Partner in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht. Deshalb will die FDP die bilateralen Verträge zwingend erhalten. Die Delegierten nahmen eine Resolution an, die das Bekenntnis der FDP zu den Bilateralen bestätigt. Die FDP wird sich weiter für die bilateralen Verträge und gegen einen EU-Beitritt einsetzen. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann sprach sich klar für den bilateralen Weg und für die USR III aus. Beides stärkt den Standort Schweiz und sichert Arbeitsplätze.

#### **Entscheide der Delegiertenversammlung:**

- › Volksinitiative: Einstimmig ja zur USR III
- › Volksinitiative: grossmehrheitlich Nein zur Atomausstiegs-Initiative

### 3.5. Delegiertenversammlung in Thun BE vom 26.11.2016

„Wir befinden uns inmitten einer gewaltigen wirtschaftlichen Revolution. Nicht die erste ihrer Art, sondern bereits die vierte, was ihre Wucht jedoch nicht zu mindern vermag.“ Mit diesen Worten eröffnete Parteipräsidentin Petra Gössi die letzte Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen im 2016. Die Digitalisierung, beziehungsweise die Industrie 4.0, bringt enorme Chancen, aber auch Herausforderungen mit sich. Wie die FDP diesen begegnet, legt sie im von den Delegierten verabschiedeten Positionspapier dar.

Die Delegierten haben mit dem Positionspapier „Chancen der Digitalisierung“, welches sie einstimmig annahmen, die klare Positionierung der FDP auf diesem Gebiet untermauert. Darin schlagen wir mehrere Lösungen vor, damit unsere Gesellschaft über die notwendigen Mittel verfügt, um den Herausforderungen und Chancen dieser 4. Industriellen Revolution zu begegnen. Die FDP will, dass die Schweiz weiterhin an der Weltspitze im Bereich der technologischen Innovationen bleibt und sie das Potential der Digitalisierung nutzt, um den Standort Schweiz weiter zu stärken.

#### **Entscheide der Delegiertenversammlung:**

- › Volksabstimmung: Einstimmig ja zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds

#### **Entscheid der Parteipräsidentenkonferenz:**

- › Volksabstimmung: grossmehrheitlich ja für die erleichterte Einbürgerung für Angehörige der dritten Ausländergeneration

## 4. Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2016

**Matthias Leitner, Kampagnenleiter und Carina Schaller, Leiterin Strategische Projekte**

### 4.1. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

Die kantonalen Parteipräsidenten tagten auch im Jahr 2016 regelmässig (17. Januar, 18. März, 15. April, 24. Juni, 25. August, 30. September und 25. November).

Die Sitzungen des ersten Quartals waren geprägt durch die Neuwahl des Parteipräsidiiums und des Vorstandes. Auch die umfassenden Anpassungen der Statuten wurden in der PPK diskutiert. Weiter war die Behandlung der üblichen Geschäfte zentrales Element der Versammlungen.

Wichtiges Thema war zudem die Neugestaltung der Webseite der FDP Schweiz und der Sektionen, sowie die Neuorganisation der Fachkommissionen.

Die PPK fasste im Jahr 2016 die Parolen zu vier Abstimmungsvorlagen (VI Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln, Referendum PID, VI Für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Gesetzesvorlage Erleichterte Einbürgerung für Angehörige der dritten Ausländergeneration). Ebenso verabschiedete die PPK das Positionspapier «Gemeinsam stark: Schweizer Recht und Völkerrecht».

### 4.2. Sekretärenkonferenz (SK)

Im Jahr 2016 wurden keine Sekretärenkonferenzen durchgeführt. Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer waren jeweils zur PPK eingeladen und nahmen regelmässig teil.

### 4.3. Volksabstimmungen

Im Jahr 2016 hat das Schweizer Stimmvolk über viele Vorlagen entschieden. Die FDP konnte sich in allen Vorlagen durchsetzen.

#### **Durchsetzungsinitiative**

Nach einem intensiven Abstimmungskampf direkt im Anschluss an die Wahlen wurde die Durchsetzungsinitiative vom Volk überraschend klar mit über 58 % abgelehnt. Die FDP hat sich stark eingebracht und das bürgerliche Komitee geführt.

#### **Familieninitiative der CVP II**

Die zweite Familieninitiative der CVP wurde nur äusserst knapp mit 50.8 % abgelehnt. Die FDP hat zusammen mit der SP die Nein-Kampagne geführt.

#### **Spekulationsstopp-Initiative**

Die von der JUSO lancierte Spekulationsstopp-Initiative wurde von der FDP an vorderster Front bekämpft. Sie führte die Nein-Koalition an. Die Initiative wurde vom Volk deutlich mit 59.9 % abgelehnt.

### **Referendum über die zweite Gotthardröhre**

Ebenfalls im Februar hat die Bevölkerung über den Bau einer zweiten Gotthardröhre entschieden. Nach einem ebenfalls äusserst intensiven Abstimmungskampf hat sich das Volk für die Vorlage entschieden, die von linken Kreisen bekämpft wurde. Die FDP hat sich im überparteilichen Komitee engagiert.

### **Initiative Pro Service Public**

Die Initiative Pro Service Public wurde vom gesamten Parlament und allen Parteien abgelehnt. Trotzdem wurde sie in einer Anfangsphase von der Bevölkerung unterstützt. Die FDP hat deshalb innert kürzester Zeit die Kampagne neu organisiert und ihren Wirkungsgrad massiv erhöht. Schliesslich wurde die Initiative mit lediglich 32.4 % Zustimmung abgelehnt.

### **Bedingungsloses Grundeinkommen**

Dem bedingungslosen Grundeinkommen wurden von Anfang an keine realistischen Chancen zugeschrieben. Die FDP hat die Nein-Kampagne geführt. Es wurde vom Volk überdeutlich mit 76.9 % Nein-Stimmen abgeschmettert.

### **PID II**

Nachdem bereits im Jahr 2015 der Verfassungsartikel zur PID angenommen wurde, musste die Stimmbevölkerung im Juni über das Referendum zum Umsetzungsgesetz befinden. Die FDP hat auch hier den Abstimmungslead übernommen und die Kampagne erfolgreich auf der politischen Seite durchgeführt. Das Volk hat das Gesetz mit 62.4 % Ja-Stimmen angenommen.

### **Referendum zum Asylgesetz**

Das Referendum zum Asylgesetz wurde von der SVP ergriffen. Die FDP hat sich von Anfang an für dieses Gesetz eingesetzt und war im überparteilichen Komitee aktiv. Das Gesetz wurde vom Souverän mit 66.8 % angenommen.

### **Grüne Wirtschaft**

Die von den Grünen lancierte Initiative „Grüne Wirtschaft“ wollte einen Ressourcenkreislauf für die Schweizer Wirtschaft installieren. Die FDP hat das Anliegen bekämpft und zusammen mit Economiesuisse die Gegenkampagne geführt. Das Volk hat das Anliegen mit 63.4 % verworfen.

### **AHVPlus**

Die AHVPlus-Initiative wollte die AHV-Renten pauschal erhöhen. Die FDP hat dieses Anliegen mit einer breiten Koalition aus den bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft abgelehnt. Das Stimmvolk hat sich schliesslich deutlich gegen das Anliegen des Gewerkschaftsbundes ausgesprochen und es mit 59.4 % abgelehnt.

### **Referendum zum Nachrichtendienstgesetz**

Das Referendum zum Nachrichtendienstgesetz wurde aus Internetkreisen sowie der JUSO ergriffen. Die FDP hat die Pro-Allianz im Lead geführt und eine erfolgreiche Kampagne geführt. Das Volk hat das Nachrichtendienstgesetz mit 65.5 % gutgeheissen.

### **Atomausstiegsinitiative**

Die von den Grünen lancierte Atomausstiegsinitiative hätte dazu geführt, dass drei von fünf Atomkraftwerken bereits im Jahr 2017 abgeschaltet worden wären. Die FDP hat sich klar gegen dieses Anliegen ausgesprochen. So auch das Volk, welches das Anliegen mit 54.2 % abgelehnt hat.

# Das parlamentarische Jahr 2016

**Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär**

## 5. Frühlingsession - Session de printemps (29.02.-18.03.2016)

### 5.1. Von halbvollen und halbleeren Ratssälen

Wer die Wandelhalle besucht und einen Blick in den Nationalrat wirft, ist oft überrascht, dass die meisten Ratsmitglieder während der Debatten nicht im Saal zu finden sind. Die stets gut vorbereiteten Parlamentsdienste betreiben wichtige Aufklärungsarbeit und haben für Besucher des Parlamentes eine erklärende Broschüre bereit: Das kleine Factsheet [„Die volle Wahrheit zum halbleeren Saal“](#) erklärt, wie Debatten im Parlament strukturiert sind, warum der Nationalrat so tickt, wie er eben tickt und wieso Anwesenheit im Saal nicht immer vorbildlich erscheint.

Doch bei gewissen Geschäften ist der Saal von Anfang bis Schluss voll. Nicht so war es in der dritten Sessionswoche, als im Nationalrat eine von der SP beantragte „aktuelle Debatte“ zur wirtschaftlichen Situation der Schweiz stattfand. Ziel dieser dringlichen Debatte war keine Auseinandersetzung mit möglichen Lösungen für die Probleme des Wirtschaftsstandortes Schweiz, sondern die Anschwärzung des Erfolgsmodells Schweiz. Die Genossen wurden nicht müde zu betonen, wie viele Jobs unsere liberale Ordnung seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses auf dem Gewissen hat. Eloquent konterte FDP-NR Christian Lüscher und zeigte den Linken auf, inwiefern ihre Volksinitiativen Jobs vernichtet und massive Zusatzkosten verursacht hätten. Die Genossen buhten, als er ihnen den Spiegel vorhielt. Wahnsinnig laut war die Kritik jedoch nicht: Für die eigens von der SP beantragte „dringliche“ Debatte waren nämlich von der SP-Fraktion nur wenige Mitglieder anwesend. Vielleicht hatten sie vorher die Broschüre des Österreichischen Parlaments gelesen [„die volle Wahrheit zum leeren Saal“](#). Man kann über den Ratsbetrieb in der Schweiz sagen was man will, aber bei uns ist der Saal immerhin halbleer (oder wenn die SP fehlt, vielleicht sogar halbvoll...).

### 5.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

**Pa.Iv. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Daniela Schneeberger). Legislaturplanung: Abschaffung unnötiger Kosten im Parlamentsbetrieb**

#### **Text**

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Parlamentsgesetz vom 13. Dezember 2002 ist wie folgt zu ändern:

#### **Art. 74 Abs. 3**

Eintreten ist obligatorisch bei Volksinitiativen, Voranschlägen, Geschäftsberichten, Rechnungen,

Einsprachen gegen Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland, bei der Gewährleistung kantonaler Verfassungen sowie beim Finanzplan.

**Art. 75 Abs. 4**

Der Entwurf des Bundesbeschlusses über den Finanzplan und der Bericht über die Legislaturplanung können nicht zurückgewiesen werden.

**Art. 94a Sachüberschrift, Abs. 1 und 2**

Differenzregelung beim Finanzplan

1 Aufgehoben

2 Beim Bundesbeschluss über den Finanzplan stellt die Einigungskonferenz zu jeder Differenz einen Einigungsantrag. Über jeden Antrag wird gesondert abgestimmt.

**Art. 146 Abs. 1, 2, 3 erster und zweiter Satz und 4 erster Satz**

1 Zu Beginn der Legislaturperiode unterbreitet der Bundesrat der Bundesversammlung einen Bericht über seine Legislaturplanung zur Kenntnisnahme.

2 Der Bericht definiert die politischen Leitlinien und die Ziele der Legislaturplanung des Bundesrates und ordnet diesen die vom Bundesrat geplanten Entwürfe für Erlasse der Bundesversammlung sowie weitere Massnahmen zu, welche zur Zielerreichung erforderlich sind.

3 Im Bericht über die Legislaturplanung werden den Zielen Indikatoren zugeordnet, mit denen die Zielerreichung überprüft werden kann. Der Bericht enthält auch eine Lageanalyse, die sich auf Indikatoren abstützt. ...

4 Im Bericht wird der Legislaturfinanzplan dargelegt. ...

**Art. 147** Aufgehoben

**Begründung**

Im Stabilisierungsprogramm werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen. Das Parlament sollte gleichzeitig auch bei sich selbst unnötige und teure Verfahren vereinfachen und einsparen.

Die Legislaturplanung des Bundesrates wird vom Parlament mit grossem Aufwand behandelt und stellt am Ende einen nicht bindenden Beschluss dar. Diese Situation ist unzufriedenstellend. Nach der Behandlung der Legislaturplanung in 2012 verlangen verschiedenen Pa. Iv. die Revision des schwerfälligen Verfahrens.

Vorliegendes Anliegen nimmt den Entwurf auf, welcher 2015 im Nationalrat aufgrund eines Zufallsmehrs (die zugehörige Verordnung wurde knapp angenommen) knapp gescheitert ist. Der bundesrätliche Bericht zur Legislaturplanung soll dem Parlament nur noch zur Kenntnisnahme statt als einfachen Bundesbeschluss unterbreitet werden. Damit kann das Parlament die Legislaturplanungskommission abschaffen, diese Kosten einsparen und das Verfahren beträchtlich vereinfachen. Dem Parlament bleibt die Diskussion des Legislaturplanungsberichts und es kann zudem dem Bundesrat jederzeit verbindliche Aufträge erteilen.

## **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Regine Sauter). Mindestfranchise in der Krankenversicherung endlich anpassen**

### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, den Betrag der ordentlichen Franchise gemäss Verordnung über die Krankenversicherung zu erhöhen.

### **Begründung**

Die heute geltende Grundfranchise wurde seit zwölf Jahren nicht mehr angepasst. Dies ist problematisch, schaffen doch höhere Franchisen erwiesenermassen positive Anreize und entlasten das Gesundheitssystem insgesamt. So verhalten sich Personen, welche sich für eine hohe Franchise entscheiden, in der Regel gesundheits- und kostenbewusster (gem. Ergebnissen einer vom BAG in Auftrag gegebenen Spezialanalyse der Gesundheitsbefragung 2012). Sie beziehen insgesamt weniger Gesundheitsleistungen und gehen bei Bagatellfällen weniger schnell zum Arzt als Personen mit tiefen Franchisen. Ein solches Verhalten dämpft die Kostenentwicklung und verhindert eine „Vollkasko mentalität“ im Gesundheitswesen.

Höhere Franchisen entlasten das Krankenkassensystem gesamthaft. Wird die Mindestfranchise erhöht, wird die Selbstverantwortung und das Kostenbewusstsein der Patientinnen und Patienten gestärkt. Bereits eine Erhöhung der Minimalfranchise um 100 bzw. 200 Franken würde – gemäss Berechnungen des Bundesrates – Einsparungen von 220 bis 430 Millionen Franken einbringen.

## **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Regine Sauter). Wahlfreiheit und Eigenverantwortung stärken: Maximalfranchise in der OKP erhöhen**

### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Reform der notwendigen gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen, um die Maximalfranchise in der OKP zu erhöhen bzw. eine neue Stufe für die Maximalfranchise festzulegen und entsprechende Rabattmöglichkeiten bei den Prämien vorzusehen.

### **Begründung**

Die breite Opposition gegen die geplante Revision des Bundesrates zur Einschränkung der Wahlfreiheit bei Franchisen zeigt, dass die Stärkung der Eigenverantwortung und des Kostenbewusstseins im Rahmen des KVG beibehalten, respektive gestärkt werden soll. Im Sinne einer Stärkung der Wahlfreiheit für die Versicherten ist auch eine Erhöhung der höchsten Wahlfranchise angezeigt.

Hohe Franchisen schaffen positive Anreize und entlasten das Gesundheitssystem insgesamt. Personen, welche sich für eine hohe Franchise entscheiden, verhalten sich in der Regel gesundheits- und kostenbewusster (gem. Ergebnissen einer vom BAG in Auftrag gegebenen Spezialanalyse der Gesundheitsbefragung 2012). Sie beziehen insgesamt weniger Gesundheitsleistungen und gehen bei Bagatellfällen weniger schnell zum Arzt als Personen mit tiefen Franchisen. Ein solches Verhalten dämpft die Kostenentwicklung und verhindert eine „Vollkasko mentalität“ im Gesundheitswesen.

Aus diesen Gründen soll Versicherten auch die Möglichkeit gegeben werden, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen und ein höheres finanzielles Risiko zu tragen. Damit eine Anreizwirkung erzielt wird, sind die Prämienrabatte entsprechend auszugestalten.

#### **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Regine Sauter). Regelmässige Anpassung der Franchisen**

##### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Reform der notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, um in der OKP einen Mechanismus vorzusehen, welcher sicherstellt, dass die Franchisen in regelmässigem Abstand der Kostenentwicklung angepasst werden.

##### **Begründung**

Um die Franchisenhöhe in der OKP regelmässig der Kostenentwicklung anpassen zu können, wurde sie vom Bundesrat bewusst auf Verordnungsstufe geregelt. Die minimale Franchise wurde allerdings das letzte Mal im Rahmen der Reform von 2004 erhöht. Um nicht wieder zwölf Jahre bis zur nächsten Anpassung verstreichen zu lassen, sollen Franchisen in regelmässigen Abständen automatisch angepasst werden; z.B. mit einem Mechanismus zur Bindung der Höhe der Franchisen an Lohn- und Preisentwicklung.

## **6. Sondersession Nationalrat - Session spéciale Conseil National (25.-27.04.2016)**

Der grösste Bundes-Berner Papiertiger wird jeweils alle vier Jahre anlässlich der Behandlung der Legislaturplanung des Bundesrates geboren. Die Botschaft zur Legislaturplanung ist an sich ein sehr nützliches Dokument: Blick zurück, Standortbestimmung und strategische Planung zugleich, verdient diese Analyse eine vertiefte politische Diskussion. Stattdessen fokussiert sich die Debatte in den Räten auf den angehängten Bundesbeschluss, welcher sich auf eine summarische Aufzählung der geplanten Gesetzesrevisionen beschränkt.

Anstatt die strategische Diskussion zu führen, artet die Ratsdebatte zum politischen JEKAMI für die Galerie aus. Die Extremparteien unterbreiten dem Rat en masse Minderheitsanträge aus ihrem Parteiprogramm – im Wissen, dass diese Anträge chancenlos sind - und empören sich anschliessend erstaunt und wortreich über die Ablehnung ihrer Vorschläge.

Die Debatte im Rat erstreckte sich über zwei Tage; zuvor tagte die eigens für dieses Thema zusammengestellte Legislaturplanungskommission zweimal, um den nicht bindenden Bundesbeschluss im Detail zu besprechen. Sie führte sogar Anhörungen durch. Ein solches Verfahren bindet Zeit und Ressourcen und verdrängt vor allem auch andere Geschäfte. Des Weiteren darf man nicht vergessen, dass sich der Ständerat jetzt noch über die Vorlage beugen muss – und danach müssen die Differenzen ausgemerzt werden (immerhin in einem gekürzten Verfahren).

Vor vier Jahren forderten SVP, CVP und FDP die Abschaffung bzw. Straffung dieses Verfahrens. In der Schlussabstimmung scheiterte dieses Unterfangen, als die CVP etwas erratisch ihren eigenen Vorschlag sowohl annahm als auch ablehnte (Ablehnung der Gesetzesänderung und Annahme der zugehörigen Parlamentsverordnung). Es bleibt zu hoffen, dass der erneute Versuch, die Verfahren effizienter zu gestalten, etwas rationaler ausfällt.

## **7. Sommersession – Session d’été (30.05.-17.06.2016)**

### **7.1. Vom Parlamentspingpong in Bern und einer charmanten Stadt im Waadtland**

Wenn im Bundeshaus während der Session um 7 Uhr morgens bereits debattiert wird, sind Kommissionen daran, Differenzen zu bereinigen. Meistens handelt es sich dabei um die Klärung kleinerer Differenzen zwischen den Räten. Durch diese Morgensitzungen kann eine Gesetzesreform innerhalb der laufenden Session in beiden Räten diskutiert und bereinigt werden. Die Sommersession war geprägt von solchen Kommissionssitzungen an Randzeiten. Es standen aber nicht kleinere Vorlagen auf der Traktandenliste, sondern gewichtige Geschäfte, welche bereinigt werden mussten.

Das erste Geschäft, welches mehrmals von National- zum Ständerat wechselte, war die Unternehmenssteuerreform III. Diese zielt darauf ab, unser Steuersystem an internationale Standards anzupassen. Andere Länder sind auch daran, ihre Steuerpraktiken zu überarbeiten. Die damit ausgelöste Dynamik ist für die Schweiz auch eine Chance: Die Stärkung der Standortattraktivität erlaubt der Schweiz, auch neue Unternehmen anzulocken. Setzen wir diese Reform nicht um, dann riskieren wir, durch Verlagerungen von Firmen ins Ausland Ausfälle von über 5 Milliarden allein bei der Gewinnsteuer zu erleiden. Wichtig ist auch zu betonen, dass alle Firmen in der Schweiz profitieren werden, sowohl Gross- wie Kleinunternehmen. Wer nicht direkt von einem steuerlichen Werkzeug profitieren kann, kommt in den Genuss von Gewinnsteuersenkungen und behält so seine Wettbewerbsfähigkeit. Die Linke und die Gewerkschaften haben das Referendum angekündigt. Die bürgerlichen Parteien, die Kantone und auch prominente SR-Regierungsräte unterstützen die Vorlage.

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit (PFZ) auf Kroatien war das zweite Geschäft, welches über die drei Sessionswochen hinweg ein regelrechtes Ping-Pong zwischen den Räten machte. Die Ausdehnung der PFZ auf Kroatien ist eine Voraussetzung für die Weiterführung des bilateralen Weges. Diese Erweiterung der PFZ ist ausserdem verlinkt mit dem Forschungsabkommen Horizon 2020, welches für die Schweiz einen sehr hohen Stellenwert hat. Dabei geht es nicht einfach um unsere Hochschulen, sondern sehr direkt auch um unsere Arbeitsplätze in kleinen und grossen Unternehmen und im Besonderen um die Innovationskraft der Schweiz. Der neue Artikel 121a der Bundesverfassung schafft ein Spannungsfeld zwischen der Ausdehnung auf Kroatien, den sieben bisherigen und erfolgreichen Volksabstimmungen zum bilateralen Weg und der Verfassung. Die Räte sind sich darin einig, dass sie den bilateralen Weg weiterführen wollen, und befürworten die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Nach einigem Hin und Her haben sich die Räte darauf geeinigt, am Bundesbeschluss festzuhalten, der an sich sowieso gilt. Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll zu ratifizieren, wenn eine Einigung zur Umsetzung von Artikel 121a mit der Europäischen Union vorliegt.

Einige unbeschwerte Stunden innerhalb der Session verbrachte die Fraktion am Fraktionsausflug im zauberhaften Aigle im Kanton Waadt. Auf Einladung von Nationalrat Borloz – dem Bürgermeister der in den Weinbergen eingebetteten Stadt – besichtigten die Fraktion und ihre Gäste das Raumfahrtunternehmen APCO und das „Centre Mondial du Cyclisme“, um anschliessend im Schloss Aigle ein gemütliches Abendessen zu geniessen. Weisswein aus der Region begleitete den ganzen Anlass auf charmante Art und Weise. Es wäre ja – den waadtländischen Gastgebern gegenüber – unfreundlich gewesen, die lokalen Produkte nicht ausgiebig zu kosten...

## 7.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

### **Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Jauslin). Stand Integrationsvereinbarungen für Zugewanderte aus Drittstaaten**

#### **Text**

Die Kantone haben gestützt auf Art. 54 Abs. 1 Ausländergesetz (AuG) die Möglichkeit, die Erteilung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung von Angehörigen aus Drittstaaten mit der Bedingung zu verbinden, dass ein Sprach- oder Integrationskurs besucht wird. Diese Verpflichtung kann in einer Integrationsvereinbarung festgehalten werden. Dies, um Ziele und Fortschritte bei der Integration zu planen und festzuhalten.

Der Bundesrat wird in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Kantone wandten 2014 und 2015 Integrationsvereinbarungen an? Wie oft wurden diese eingesetzt (effektiv und Quote)?
2. Wurden Integrationsvereinbarungen auch bei Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen eingegangen? Falls ja, wie oft (effektiv und Quote)?
3. Wie oft wurden Integrationsvereinbarungen beim Familiennachzug eingegangen (effektiv und Quote)?
4. Wie wird die Einhaltung der Vereinbarung in den Kantonen überprüft?
5. In wie vielen Fällen hat die Nichteinhaltung der Integrationsvereinbarung ausländerrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen (effektiv und Quote)?
6. Kommt für den Bundesrat allenfalls eine Aufhebung der „kann“-Formulierung in Art. 54 Abs. 1 AuG hin zu einer generellen Anwendung infrage?

### **Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Jauslin). Wo bleibt der Bericht zum Status vorläufig Aufgenommener?**

#### **Text**

Bereits mehrfach war die Überarbeitung des Status der vorläufigen Aufnahme ein Thema im Parlament. Die SPK-N reichte 2014 ein Postulat ein (14.3008), welches den Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie der Status der vorläufigen Aufnahme im Asyl- und im Ausländergesetz verbessert oder allenfalls neu geregelt werden kann. Den Bericht dazu versprach das EJPD für 2015, doch auf deren Publikation warten Parlament und Öffentlichkeit noch immer.

Der Bundesrat wird daher um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wann wird der Bericht zum Postulat 14.3008 erwartet?
2. Welche Erkenntnisse wurden aus der Fachtagung vom 8. April 2016 zum Thema vorläufige Aufnahme gezogen?
3. Wie viele ehemals vorläufig Aufgenommene haben seit dem Jahr 2010 die Schweiz effektiv wieder verlassen müssen?
4. Wie steht der Bundesrat zur Idee, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) in einem jährlichen Bericht darlegen muss, warum die vorläufig Aufgenommenen noch nicht ausgewiesen werden konnten?

### **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Bigler). Mit Regulierungsbremse Anstieg der Regulierungskosten eindämmen**

#### **Text**

Es sind die notwendigen Erlasse auszuarbeiten, damit Gesetzesänderungen, neue Gesetze und neue Regulierungen allgemein, welche entweder zu höheren Regulierungskosten für mehr als 10'000 Unternehmen führen oder deren Regulierungskosten über einer noch zu definierenden Kostenschwelle liegen, in den Gesamtabstimmungen beider Räte einem qualifizierten Mehr (z.B.: Mehrheit der Mitglieder beider Räte; analog zur Ausgabenbremse) zu unterstellen sind.

#### **Begründung**

In seinem Bericht zu den Regulierungskosten vom Dezember 2013 berechnete der Bundesrat die Regulierungskosten in zwölf gemessenen Bereichen auf Bundesebene auf zehn Milliarden Franken. Eine Studie der Universität St. Gallen schätzte die Regulierungskosten bereits im 2010 auf etwa 50 Milliarden Franken. Man kann heute im Jahr 2016 davon ausgehen, dass sie rund zehn Prozent des BIP ausmachen.

Unnötige Regulierungskosten bremsen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, was sich negativ auf Innovation und Arbeitsplätze auswirkt.

Eine Regulierungsbremse - analog der Schuldenbremse - erlaubt, das Wachstum künftiger Regulierungen und damit auch der unnötigen Regulierungskosten einzudämmen.

Dafür wird ein Automatismus vorgeschlagen: Wenn die Auswirkungen einer Vorlage mehr als 10'000 Unternehmen betreffen, muss die Vorlage dem absoluten Mehr in der Schlussabstimmung im Parlament unterstellt werden. Die Zahl der 10'000 Unternehmen kommt vom etablierten «KMU-Test» so wie er bei der Regulierungsfolgekosten-Abschätzung des Seco vorgesehen ist.

Ebenfalls sind jene Vorlagen dem absoluten Mehr zu unterstellen, deren Regulierungsfolgekosten über einer noch zu bestimmenden Kostenschwelle liegen. Diese Kostenschwelle soll vom Bundesrat vorgeschlagen werden. Sie kann sowohl eine absolute Zahl in Schweizer Franken als auch eine Relationszahl sein. Wichtig ist jedoch, dass die Regulierungskostenschwelle, wenn sie einmal definiert ist, stabil bleibt.

Mit dieser Regulierungsbremse wird dem Parlament ein Instrument gegeben, den Anstieg der Regulierungskosten einzudämmen. Sie baut dabei auf die Erfahrungen mit dem bewährten Instrument der Schuldenbremse auf.

## **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Vitali). Teuerung nur ausgleichen... wenn es eine Teuerung gibt...**

### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, damit ein allgemeiner Systemwechsel beim Umgang mit Teuerungsannahmen in mehrjährigen Finanzbeschlüssen vollzogen wird:

Grundsätzlich sollen Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen im Umfang der geplanten Teuerung gesperrt bleiben. Sobald sich die zugrundeliegende Teuerungsannahme verwirklicht, ist der Bundesrat befugt, die Sperre ganz oder teilweise aufzuheben. Der Bundesrat beschliesst über die Aufhebung jährlich und berichtet der Bundesversammlung darüber in der Botschaft zum Voranschlag.

Diese generelle Anpassung des Prozesses ist angesichts der künftig schwierigen Bundesfinanzen möglichst rasch umzusetzen.

### **Begründung**

Im heutigen System wird die Teuerung gemäss Teuerungsannahmen berechnet und ausbezahlt, egal ob diese positiv oder negativ ist. Dies führte in den letzten Jahren bei verschiedenen mehrjährigen Finanzbeschlüssen zu hohen und unangemessenen Mehrausgaben. Daher ist ein Systemwechsel dringend nötig.

Die angenommene Teuerung im Zeitraum 2009 - 2015 lag in verschiedenen Bereichen deutlich höher als die effektive Teuerung. Bekanntlich haben wir zurzeit eine Minusteuerung von 0,6%. Gemäss Berechnungen des Bundes wurden zum Beispiel im Bereich Landwirtschaft 820 Mio. Franken und im Bereich BFI 840 Mio. Franken zu viel ausbezahlt.

Aufgrund dieser Tatsache drängt sich ein Systemwechsel in allen Bereichen auf: Internationale Zusammenarbeit, Agrarpolitik, Armee, BFI, Verpflichtungskredit für den regionalen Personenverkehr, Kultur oder Standortförderung.

## **8. Herbstsession – Session d’automne (12.09.-30.09.2016)**

### **8.1. Von der prägenden Partei im Parlament**

Mit jeder Abstimmung im Parlament wird eine Weiche gestellt. Manchmal ist diese klein, manchmal grösser. In der Herbstsession 2016 hat das Parlament grosse und schwierige Richtungsentscheide gefällt. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der Altersvorsorge musste der Nationalrat untaugliche Vorschläge der Regierung nicht nur massgeblich korrigieren, sondern von Grund auf umgestalten. Damit ist die Schweiz einzigartig – wenn im Ausland eine Koalitionsregierung mit einer strategisch wichtigen Vorlage vor das Parlament

tritt, wird in den Räten gefolgt. In der Schweiz übernimmt das Parlament die notwendige Gestaltung. Doch wer gestaltet die Lösung?

Sowohl bei der Umsetzung der MEI als auch bei der Altersvorsorge war die FDP die treibende Kraft, welche Konzepte für die Korrekturen hatte, Konzepte einbrachte und dafür Mehrheiten gesucht und gefunden hat. Dabei geht die Fraktion ohne ideologische Scheuklappen vor. Sie definiert das Ziel, die notwendigen Massnahmen und beschafft dann die Mehrheiten für ihre Projekte. Bei der MEI war es der Inländervorrang, welcher für die Schweiz ein regelrechter Befreiungsschlag ist: Wir setzen die MEI im Inland um und sind nicht mehr auf Verhandlungen oder Gegenforderungen der EU angewiesen. Damit kann uns auch kein nachteiliges institutionelles Rahmenabkommen aufgedrängt werden und Horizon2020 kann gerettet werden.

Bei der Reform der Altersvorsorge hat die FDP in der letzten Sekunde ein Konzept eingebracht, damit die Beratung der Vorlage im Nationalrat kohärent abgeschlossen werden konnte, nachdem die vorberatende Kommission wegen wechselnden Mehrheiten eine konzeptlose Vorlage dem Rat übergeben hatte. Das Risiko, dass der Ständerat dann an seinem unbrauchbaren Konzept festhält, weil der Nationalrat selber kein alternatives Konzept fand, ist gebannt. Mit der Ablehnung von AHVplus sollte dem Ständerat zusätzlich klar sein, dass die Erhöhung der AHV-Renten um 70 CHF vom Tisch ist. Beide Vorlagen sind auf dem richtigen Gleis – der Ständerat muss diese nun ins Ziel bringen.

## 8.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

### Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Fiala). Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz

#### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf das revidierte DSG und das Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung mit der EU eine Vereinbarung zur Koordinierung der Anwendung des jeweils geltenden Datenschutzrechts durch die zuständigen Datenschutzbehörden anzustreben und entsprechende Sondierungsgespräche zu führen, mit dem Ziel, die Probleme aus der fehlenden territorialen Abgrenzung der aufsichtsrechtlichen Zuständigkeit bei einer parallelen Geltung der DSGVO und des DSG für die Wirtschaft und die Aufsichtsbehörden der Schweiz und EU zu lösen.

#### **Begründung**

Die EU hat ihr Datenschutzrecht per 2018 revidiert, die Schweiz tut es ebenso. Beide werden ein vergleichbares Niveau haben. Die EU hat ihre Datenschutzaufsicht aber nicht mit der Schweiz abgestimmt. Auf die Schweizer Wirtschaft kommt daher ein völlig sinnloser, aber hoher administrativer Mehraufwand zu. Dem Datenschutz dient es nicht, es kostet nur viel mehr: Nach dem neuen EU-Recht sind die nationalen Aufsichtsbehörden in allen 28 Mitgliedstaaten der EU dafür verantwortlich, den Datenschutz ihrer Bewohner neu auch im Ausland zu überwachen und durchzusetzen. Hat ein Schweizer Unternehmen Kunden aus der EU, untersteht es punkto Datenschutz nicht mehr nur der Aufsicht des EDÖB, sondern parallel allen betroffenen EU-Datenschutzbehörden, inkl. Meldepflichten, etc. Die Schweiz kann das mit ihrem DSG nicht verhindern, denn die EU hat es so bestimmt, und sie sieht für Verstösse Sanktionen von bis zu 4 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes vor. Ihre Regeln sind viel komplizierter und aufwändiger als jene der Schweiz und diskriminieren Schweizer Unternehmen. Tangiert ist

auch die Souveränität der Schweiz, weil ausländische Aufsichtsbehörden über Datenbearbeitungen auf Schweizer Territorium bestimmen. Amtshilfe löst das Problem nicht. Es sollte eine andere Lösung gefunden werden: Für die aufsichtsrechtliche Durchsetzung des Datenschutzes auf Schweizer Gebiet soll alleine die Schweiz zuständig sein, und zwar nach ihrem Recht (DSG), so wie EU-Behörden dies auf EU-Gebiet nach der DSGVO sind. Informationen können via Amtshilfe getauscht werden. Da das Datenschutzniveau vergleichbar ist, gewinnen alle: Hiesige Betriebe brauchen sich aufsichtsrechtlich nur an den EDÖB zu halten und nur ein Regelwerk zu befolgen, und auch die Behörden können ihre Ressourcen sinnvoller einsetzen.

## **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Bourgeois). Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Flexibilisierung der neuen CO2-Gesetzgebung**

### **Text**

Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, im Hinblick auf die neue CO<sub>2</sub>-Verpflichtungsperiode nach 2020 die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens im CO<sub>2</sub>-Gesetz konsequent anhand von flexiblen Zielwerten und Massnahmen zu gestalten. Dabei sollen folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- › Keine fixen inländischen und ausländischen Quoten im CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen
- › Flexible Dauer bei Zielvereinbarungen und flexible Zwischenziele
- › Sicherstellung der Anrechenbarkeit bei Übererfüllung von Zielwerten und unabhängig vom exakten Zeitpunkt der Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen
- › Orientierung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte an europäischen Zielsetzungen (bspw. bei Personen und Lieferwagen)
- › Verknüpfung der Emissionshandelssysteme zwischen der Schweiz und Europa

### **Begründung**

Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens wurde ein erster Meilenstein zur Erfüllung der internationalen Klimaziele durch alle wesentlichen CO<sub>2</sub>-Emittenten erreicht. Der Bundesrat hat zum Ziel, die Treibhausgasemission bis 2030 um 50% unter den Wert von 1990 zu senken. Gleichzeitig hat der Bundesrat angekündigt, dieses Ziel durch eine Reduktion der Treibhausgase gegenüber 1990 um 30% im Inland und 20% im Ausland zu erreichen.

Zur Erreichung des ambitionierten Reduktionsziels von 50%, braucht es aber keine weiteren fixen Quoten im CO<sub>2</sub>-Gesetz bezüglich Inland- und Auslandskompensation. Stattdessen wird ein flexibles und möglichst günstiges System gefordert. Mit jedem Franken zugunsten des Klimas soll der grösstmögliche Effekt erzielt werden. Dafür benötigt es eine zusätzliche Flexibilisierung bei der Festlegung von Zwischenzielen oder der Dauer von Zielvereinbarungen. Auch muss die Anrechenbarkeit der Reduktionsmassnahmen unabhängig vom Zeitpunkt der Einsparung oder bei einer Übererfüllung der Zielwerte sichergestellt werden. Auch braucht es ein Festhalten an bewährten Branchenzielen bei CO<sub>2</sub>-Grenzwerten. Also kein Swiss Finish bei der Definition von Grenzwerten, sondern die Orientierung an europäischen Zielsetzungen, beispielsweise bei Fahrzeugen. Ein weiteres Instrument zur Zielerfüllung ist die deutliche Ausdehnung des Emissionshandels auf die internationale Ebene. Dazu muss die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme zwischen der Schweiz und Europa endlich vollzogen werden.

## **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Bereinigung bestehender Systeme**

### **Text**

Der Bundesrat wird aufgefordert, im Hinblick auf die neue CO<sub>2</sub>-Verpflichtungsperiode nach 2020 das CO<sub>2</sub>-Gesetz und die Umsetzungsverfügungen in der CO<sub>2</sub>-Verordnung soweit anzupassen, damit folgende Forderungen erfüllt sind:

Abschaffung der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe:

- › Streichung von Art. 34 CO<sub>2</sub>-Gesetz zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Gebäuden
- › Streichung von Art. 35 CO<sub>2</sub>-Gesetz zur Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase

Erweiterung der Rückerstattung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf alle belasteten Unternehmen:

- › Anpassung von Art. 31 CO<sub>2</sub>-Gesetz betreffend Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Abgabe
- › Anpassung der CO<sub>2</sub>-Verordnung (u.a. Streichung von Anhang 7 und 100-Tonnen-Mindestemission)

### **Begründung**

Die aktuelle CO<sub>2</sub>-Abgabe wird nur zu Zweidrittel an die Bevölkerung und die Unternehmen zurückverteilt. Ein Drittel fliesst zweckgebunden in das Gebäudeprogramm zur Förderung CO<sub>2</sub>-wirksamer Massnahmen mit fragwürdigem Kosten-/Nutzenverhältnis. Die bestehende CO<sub>2</sub>-Abgabe soll in eine echte Lenkungsabgabe zurückgeführt werden, die keine fiskalischen Interessen verfolgt. Darum braucht es die vollständige Rückverteilung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe. Mit der Streichung von Art. 34 und Art. 35 des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ab der neuen CO<sub>2</sub>-Verpflichtungsperiode nach 2020 wird die Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe aufgehoben. Die damit verbundene Umsetzungsregulierung auf Verordnungsebene gilt es sinngemäss anzupassen.

Damit eine optimale Umweltwirkung ohne Verlust der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen erreicht werden kann, dürfen nicht einzelne Branchen von der Befreiungsmöglichkeit ausgenommen werden. Denn das Ziel einer umfassenden Energie- und Klimapolitik sollte die Reduktion der Treibhausgase bei möglichst geringem Schaden für die Wirtschaft sein. Idealerweise sollen sich deshalb alle Unternehmen, Immobilienbesitzer oder sonstige Dienstleister durch den Abschluss von verbindlichen Zielvereinbarungen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und zur Steigerung der Energieeffizienz von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen können. Dafür braucht es eine Anpassung von Art. 31 des CO<sub>2</sub>-Gesetzes wie auch Anpassungen der CO<sub>2</sub>-Verordnung (unter anderem die Streichung von Anhang 7 und der 100-Tonnen-Mindestemission).

## **Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Schilliger). Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion in der Schweiz**

### **Text**

Der Bundesrat wird dazu aufgefordert im Bereich der Stromproduktion ein neues technologieutrales Marktmodell auszuarbeiten, das Mitnahmeeffekte reduziert und folgenden Kriterien genügt:

- › Garantie einer hohen Versorgungssicherheit mit einem definierten Eigenversorgungsgrad

- › Keine Subventionsmodelle
- › Kompatibel mit einem vollständig liberalisierten, geöffneten Strommarkt
- › Flexibilisierung der Wasserzinsen
- › Beschleunigung von Bewilligungsverfahren

### **Begründung**

Es ist nicht die Aufgabe der Politik sich für ein bestimmtes Modell für den Energie- und Strommarkt auszusprechen. Zentral ist einzig, dass das System einen Rahmen vorgibt, der so wenig staatliche Eingriffe wie möglich benötigt und in dem sich die verschiedenen Akteure marktwirtschaftlich verhalten können. Darum braucht es zuerst eine Bereinigung des bestehenden Systems durch die Abschaffung der Subventionsmodelle. Ein wesentliches Kriterium bei der neuen Systembestimmung ist ein politisch definierter Eigenversorgungsgrad für die Schweiz. Das Ziel ist nicht die Autarkie, sondern die politische Auseinandersetzung mit der Versorgungssicherheit. Zur Beurteilung der Auswirkungen wird der Bundesrat aufgefordert, in verschiedenen Szenarien darzulegen, wie sich die unterschiedlichen Eigenversorgungsgrade auf den Schweizer Strom- und Energiemarkt auswirken. Er soll zudem die volkswirtschaftlichen Kosten aufzeigen. Diese Modelle sollen in Anbetracht eines bedarfsgerechten Produktionsausbaus, dem Erhalt der CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion der Schweiz, der Nachhaltigkeit und einer möglichst tiefen Wettbewerbsverzerrung ausgearbeitet werden.

## **9. Wintersession – Session d’hiver (28.11.-16.12.2016)**

### **9.1. Von der Zukunft, wo sie stattfindet und wer sie vorantreibt**

Wir leben in einer digital vernetzten Welt. Die Schweiz ist in vielen Bereichen Weltspitze, in anderen gibt's Nachholbedarf. So müssen wir beispielsweise rasch dafür sorgen, dass Unternehmen Daten nicht mehrfach an Behörden liefern müssen. Einerseits werden durch Behörden bei Unternehmen durch statistische Befragungen oft mehrmals dieselben Informationen beschafft. Andererseits wird bei Arbeitgebern durch nicht koordinierte Kontrollen ebenfalls mehrmals Aufwand generiert. Dies insbesondere bei den diversen Kontrollen auf dem Arbeitsmarkt (im Rahmen Entsendegesetz, Arbeitsgesetz, Sozialhilferecht, Steuerrecht, Arbeitsmarktbehörden) oder im Bereich der Landwirtschaft (Kontrollen im Rahmen der Agrarpolitik). Hier setzt eine von der FDP-Liberale Fraktion beschlossene Motion mit Sprecherin NR Daniela Schneeberger an. Sie will Doppelspurigkeiten abschaffen und dadurch Unternehmen von bürokratischem Aufwand entlasten.

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren zu einem der führenden Datenstandorte Europas entwickelt und geniesst einen exzellenten Ruf. Der sichere Umgang mit sensiblen Daten ist durch das Datenschutzgesetz, das Fernmeldegeheimnis oder das Geschäftsgeheimnis sichergestellt. Das sind wichtige Vorteile des Standortes Schweiz. Nebst diesem verlässlichen Rechtssystem gilt die Schweiz aber insbesondere durch ihre hervorragenden Infrastrukturen, der Verfügbarkeit von Fachpersonal und der politischen und wirtschaftlichen Stabilität als optimaler Datenstandort. Gesetzesrevisionen wie auch Androhungen von neuen Regulierungen könnten diese guten Voraussetzungen gefährden. Die FDP-Liberale Fraktion fordert in einer Interpellation mit

Sprecher NR Marcel Dobler vom Bundesrat klare Antworten, wie der Datenstandort Schweiz auch weiterhin attraktiv bleibt.

Auch bei der Planung der weiteren Ausbauschnitte (STEP) für den Personen- und Güterverkehr auf Strasse und Schiene muss die Digitalisierung besser einbezogen werden. Der Bundesrat bezieht sich hier unter anderem auf das Referenzszenario der Verkehrsperspektiven 2040 des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE). Dieses Szenario verzichtet explizit auf den Einbezug der Digitalisierung und deren Einflüsse auf die Verkehrsentwicklung durch neue Formen, wie das autonome Fahren, die Shared Mobility oder den vermehrten Einsatz neuer Technologien zur Steigerung von Kapazität, Auslastung oder Qualität der Strassen- und Schieneninfrastruktur.

Auch das Arbeitsgesetz muss einen grossen Schritt in Richtung Zukunft machen. NR Thierry Burkart hat während dieser Session eine parlamentarische Initiative eingereicht, um das Arbeitsgesetz aus dem Fabrikzeitalter in die Zukunft zu bringen. Unter dem Motto „Mehr Gestaltungsfreiheit bei Homeoffice“ sollen jene alten Zöpfe abgeschnitten werden, welche mit der heutigen Arbeitswelt nichts mehr zu tun haben und somit auch die Zukunft verhindern.

## 9.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

### **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Walti). Regulierungskontrollbehörde soll auch bestehende Regulierung überprüfen können**

#### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, der in Umsetzung begriffenen Regulierungskontrollbehörde (überwiesene Motionen 15.3400 und 15.3445) auch die Kompetenz zu geben, gezielt bestehende Regulierungen zu überprüfen und dem Parlament Empfehlungen abzugeben, wie diese optimiert werden können. Die Behörde soll aus eigenem Impuls oder aufgrund von Eingaben aus der Bevölkerung, Wirtschaft oder Justiz überprüfen können, ob bestehende Regulierung unverhältnismässig, nicht mehr sachgerecht oder unnötig kostentreibend ist.

#### **Begründung**

Das Parlament hat die Motionen der FDP (15.3445) und Vogler (15.3400) 2016 an den Bundesrat überwiesen. Der Bundesrat ist daher beauftragt, neue Regulierungen durch eine unabhängige Kontrollbehörde auf deren Kosten hin zu überprüfen und die Ergebnisse dieser Überprüfung transparent in jedem Bericht und jeder Botschaft zu neuer Regulierung auszuweisen (ex-ante Analyse).

Analog zur Regulierungskontrollbehörde in den Niederlanden (Actal) soll in der Schweiz diese unabhängige Behörde nun auch die Kompetenz erhalten, bestehende Regulierung gezielt zu überprüfen und dem Parlament Empfehlungen abzugeben, wie diese optimiert werden kann (ex-post Analyse). In den Niederlanden hat Actal so beispielsweise im Bereich der Logistik verschiedene Schwachstellen identifiziert, welche ein Sparpotenzial von 250 Mio. € im Jahr bieten. Sogar das KMU-Forum, welches vom Bundesrat mit dem Auftrag betraut ist zu kontrollieren, ob die zuständigen Bundesämter seriöse Kostenabschätzungen und KMU-Verträglichkeitsanalysen durchführen, steht der Schaffung eines Kontrollorgans zur Verringerung der Regulierungskosten offen gegenüber. Die Schweiz sollte sich nicht nur zum Ziel setzen, die Kosten neuer Regulierung so tief wie möglich zu halten,

sondern auch bestehende Regulierungskosten für Unternehmen und ihre Arbeitsplätze zu senken und dadurch auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu entlasten. Eine aus unabhängigen Experten bestehende Kontrollbehörde ist ideal geeignet diese Analysen durchzuführen und dem Parlament Sparpotenzial aufzuzeigen. Die Regulierungskontrollbehörde könnte sowohl eigenständig aktiv werden, wie auch offen stehen für Eingaben aus Bevölkerung, Wirtschaft oder Justiz. Die Regulierungskontrollbehörde muss eine schlanke Struktur aufweisen und über einen Stellenplafond verfügen.

### **Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Schneeberger). Digitalisierung: Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung**

#### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass Unternehmen nicht die gleichen Daten und Informationen an verschiedene Behörden liefern müssen. Die Koordination des Bundesamts für Statistik (BFS), der verschiedenen Bundesämter sowie der Kantone und Gemeinden muss dazu führen, dass der Aufwand durch Befragungen und Kontrollen für die Unternehmen beträchtlich abnimmt.

#### **Begründung**

Wir leben heute in einer digital vernetzten Welt. Es ist daher notwendig, dass auch die öffentliche Verwaltung die Chancen der Digitalisierung nutzt und Doppelspurigkeiten in der Datenerhebung beseitigt.

Bereits mit dem Postulat 15.3463 wurde auf mögliche Doppelspurigkeiten im Zusammenhang mit der SOMED-Statistik hingewiesen. Der Bundesrat hat den Vorstoss angenommen und wird aktiv. Doch auch in anderen Bereichen besteht Potential, um Unternehmen von Statistik- und Kontrollaufwand zu entlasten. Einerseits werden durch Behörden bei Unternehmen durch statistische Befragungen oft mehrmals dieselben Informationen beschafft. Andererseits wird bei Arbeitgebern durch nicht koordinierte Kontrollen ebenfalls mehrmals Aufwand generiert. Dies insbesondere bei den diversen Kontrollen auf dem Arbeitsmarkt (im Rahmen Entsendegesetz, Arbeitsgesetz, Sozialhilferecht, Steuerrecht, Arbeitsmarktbehörden) oder im Bereich der Landwirtschaft (Kontrollen im Rahmen der Agrarpolitik).

Der konsequente und koordinierte Einsatz elektronischer Systeme und digitaler Schnittstellen muss es den Behörden erlauben, den Statistik- und Kontrollaufwand für Unternehmen zu reduzieren.

### **Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). Digitalisierung: Datenstandort Schweiz nicht gefährden**

#### **Text**

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren zu einem der führenden Datenstandorte Europas entwickelt und genießt einen exzellenten Ruf. Der sichere Umgang mit sensiblen Daten ist durch das Datenschutzgesetz, das Fernmeldegeheimnis oder das Geschäftsgeheimnis sichergestellt. Das sind wichtige Vorteile des Standortes Schweiz. Nebst diesem verlässlichen Rechtssystem gilt die Schweiz aber insbesondere durch seine hervorragenden Infrastrukturen, der Verfügbarkeit von Fachpersonal und der politischen und wirtschaftlichen Stabilität als optimaler Datenstandort. Gesetzesrevisionen wie auch Androhungen von neuen Regulierungen könnten diese guten Voraussetzungen gefährden.

Der Bundesrat wird darum aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten.

- › Wie weit verfolgt der Bundesrat im Rahmen der „Digitalen Strategie“ auch eine Strategie, um die Schweiz als Hub für Datenspeicherung zu positionieren?
- › Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Revision des Datenschutzgesetzes die Attraktivität des Datenstandortes Schweiz nicht gefährdet?
- › Was unternimmt der Bundesrat, damit die Ausführungsverordnungen zum BÜPF oder zum Nachrichtendienstgesetz die Vorzüge von Schweizer Datacenter nicht schwächen?
- › Die jetzige Stromversorgung in der Schweiz hat sich durch eine hohe Stabilität der Stromverfügbarkeit und relative Stabilität der Strompreise ausgezeichnet. Haben die Entwicklungen zu einer dezentraleren Stromversorgung und die stärkere Preisfluktuation einen Einfluss auf den Datenstandort Schweiz? Wie kann die Stabilität auch in Zukunft sichergestellt werden?
- › Die Androhung der gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität oder sonstige vorauseilende, regulatorische Eingriffe sind für den Ausbau von Glasfasernetzen in der Schweiz investitions hindernd – eine zentrale Voraussetzung für eine exzellente Grundinfrastruktur. Ist sich der Bundesrat der Bedeutung des Ausbaus bewusst und wie stellt er bei der Revision des Fernmeldegesetzes sicher, dass der Ausbau nicht verlangsamt wird?
- › Der Bund bzw. die Armee besitzen immer noch sehr viel ungenützte Fläche, die für eine sinnvolle, wertschöpfende Nutzung in Form von „Datenbunkern“ umfunktioniert werden könnte. Wie viel ungenutzte Fläche ist vorhanden? Und wie können z.B. die alten Festungsbauwerke oder brachliegende Grundstücke des Militärs einfacher für den privaten Gebrauch wie Datacenter genutzt werden?

#### **Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Burkart). Verkehrsperspektiven 2040: Wo bleibt die Digitalisierung im Referenzszenario?**

##### **Text**

Der Bundesrat bezieht sich bei der Planung der weiteren Ausbauschritte (STEP) für den Personen- und Güterverkehr auf der Strasse und Schiene unter anderem auf das Referenzszenario der Verkehrsperspektiven 2040 des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE). Dieses Szenario verzichtet explizit auf den Einbezug der Digitalisierung und deren Einflüsse auf die Verkehrsentwicklung durch neue Formen wie das autonome Fahren, die Shared Mobility oder den vermehrten Einsatz neuer Technologien zur Steigerung von Kapazität, Auslastung oder Qualität der Strassen- und Schieneninfrastruktur. Ebenfalls nicht miteinbezogen sind neue Entwicklungen im Bereich des mobilen Arbeitens, Homeoffice oder Videokonferenzen, die den Arbeitsweg überflüssig machen können.

Der Bundesrat wird darum aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten.

- › Wieso bezieht sich der Bundesrat für die Planung der nächsten Ausbauschritte trotz der rapiden technologischen Entwicklung nur auf das Referenzszenario?
- › Wie stellt der Bundesrat sicher, dass gegenüber dem Referenzszenario beschleunigte technologische oder wirtschaftliche Entwicklungen (forciertes Technologieszenario) in den Ausbauprogrammen noch berücksichtigt werden?

- › In den Alternativszenarien des ARE werden die Einflüsse der Digitalisierung vermehrt berücksichtigt. Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, wie sich diese Einflüsse auf die prognostizierten Verkehrsleistungen auswirken. Wie werden in den verschiedenen Szenarien die möglichen Einflüsse der Digitalisierung im Verkehr miteinbezogen?
- › Die Amortisationsdauer von Verkehrsinfrastrukturen beträgt rund 70 bis 100 Jahre. Welche teuren Ausbauschritte sind tatsächlich noch notwendig unter Einbezug der digitalen Technologien und der verbesserten Kapazitätsauslastung? Wo liegen die Einsparpotenziale?

# Nahestehende Organisationen

## 10. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

### **Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz**

Die FDP Frauen Schweiz dürfen auf ein spannendes und erfolgreiches 2016 zurückblicken. Im vergangenen Jahr beschäftigten wir uns intensiv mit den nachfolgenden Themen.

#### 10.1. Erfolgreiches Nein zur Durchsetzungsinitiative

Für die FDP.Die Liberalen Frauen ist die Sicherheit eines der Kernthemen. Die Schweiz hat ganz nach dem Motto „Hart, aber fair“ ein sehr strenges Ausländergesetz. Die Durchsetzungsinitiative ging jedoch massiv weiter als das Ausländergesetz. Diese Ausweitung war unverhältnismässig und ein direkter Angriff auf unseren Rechtsstaat. Für die FDP Frauen ist klar: Jeder Mensch hat ein Recht auf ein faires Verfahren. Der gerichtliche Schutz des Bürgers gehört untrennbar zu unserem Selbstverständnis eines Rechtsstaats. Es ist höchst unschweizerisch, dieses Grundrecht in Frage zu stellen.

Dank einem engagierten Abstimmungskampf wurde diese Vorlage klar abgelehnt.

#### 10.2. Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen

Die Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen vom 27. März 2016 auf dem Novartis Campus in Basel stand ganz im Zeichen der Leitidee „Auf Augenhöhe politisieren, arbeiten und leben“. Neu können auch Männer aktiv Mitglied bei den FDP Frauen werden. Die FDP Frauen wollen gemeinsam, Frauen und Männer, für eine fortschrittliche Politik kämpfen. Unsere Ziele sind eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein modernes Familienrecht, eine flexible Arbeitswelt sowie gemischte Teams auf allen Stufen.

Dazu gehört auch gleicher Lohn für gleiche Leistung. Mit dem Vorschlag der FDP Frauen für die Revision des Gleichstellungsgesetzes werden sich die Unternehmen ihrer Verantwortung bewusst und analysieren ihre Lohnstruktur eigenverantwortlich, ohne dass es staatliche Kontrollen braucht.

Ein starkes Zeichen für gemischte Teams bis in die Chefetage ist die Kandidatur von Nationalrätin Petra Güssi als Parteipräsidentin der FDP.Die Liberalen Schweiz. Die FDP Frauen unterstützten Petra Güssi und freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit.

#### **Die Freiheit der Frau**

Den Abschluss unserer Generalversammlung machte ein Podium unter der Leitung der Journalistin Michèle Binswanger zum Thema „Die Freiheit der Frau“. Nationalrätin Doris Fiala, Nationalrat Philippe Nantermod und die Präsidentin des Forums für fortschrittlichen Islam, Frau Saïda Keller-Messahli, machten klar, dass wir als Gesellschaft vor einer grossen Aufgabe stehen. Über 70% der Flüchtlinge sind junge Männer, diese jungen Männer müssen wir bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren. Dabei ist ganz wichtig: Frauenrechte sind

Menschenrechte und diese sind nicht verhandelbar. Ganz nach dem Motto „Hart, aber fair“ müssen wir die Flüchtlingspolitik der FDP weiterführen, genau hinschauen und die Sorgen, auch der weiblichen Bevölkerung, ernst nehmen.

### 10.3. Lohngleichheit

Das Thema Lohngleichheit begleitet uns seit Jahren – leider waren unsere Bemühungen bis heute wenig erfolgreich. Als Liberale wollen wir keine unnötigen Eingriffe und nicht mehr Staat. Aber wir sind nicht länger bereit, die wissenschaftlich klar bestehende Lohndiskriminierung einfach hinzunehmen. Unser Hauptargument ist im Bericht des Bundesrates zu finden. 50 % der Unternehmen, die eine Lohnanalyse durchführten, haben anschliessend ihre Lohnstruktur angepasst. Dieses Bewusstsein, das genaue Hinsehen, ist der Grundstein für einen liberalen und kompetitiven Arbeitsmarkt – wo sich Leistung lohnt und nicht das Geschlecht entscheidet.

Unser Vorschlag als Alternative zur Vorlage des Bundesrates schliesst die externen Lohnanalysen völlig aus, denn wir wollen nicht mehr Staat in den Unternehmen. Unser Vorschlag betont die Eigenverantwortung der Unternehmen und der Frauen. Er ist moderat, wirtschaftsnah und wird gemäss Umfrage des Centre Patronal auch von einer Mehrheit der Unternehmen gutgeheissen.

### 10.4. Rücktritt von Carmen Walker Späh als Präsidentin der FDP Frauen

Anlässlich der Präsidentinnenkonferenz vom 4. Oktober 2016 gab Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdi- rektorin des Kantons Zürich, bekannt, dass sie im 2017 nicht mehr zur Wiederwahl als Präsidentin der FDP. Die Liberalen Frauen Schweiz antreten wird. Zur Suche ihrer Nachfolge wurde eine Findungskommission unter der Leitung von Petra Studer, Vize-Präsidentin der FDP Frauen, eingesetzt.

### 10.5. Rücktritt von Claudine Esseiva als Generalsekretärin

Nach neun Jahren als Generalsekretärin der FDP. Die Liberalen Frauen Schweiz ist es auch für Claudine Esseiva an der Zeit, dass neue Kräfte an das Ruder kommen. Sie hat sich mit grossem Engagement dafür eingesetzt, dass die FDP Frauen national als treibende progressive liberale Kraft wahrgenommen werden. Die FDP Frauen bedauern diesen Entscheid sehr, verstehen aber gut, dass Claudine Esseiva nach neun Jahren neue berufliche Herausforderungen sucht. Sie wird den FDP Frauen weiterhin eng verbunden bleiben.

### 10.6. Ja zur Steuerreform

Mit der USR III bleibt der Wirtschaftsstandort Schweiz für international tätige Unternehmen und für KMUs attraktiv, indem internationale Normen respektiert werden. Die Steuerreform wird zahlreiche Arbeitsplätze in unserem Land sichern und Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung fördern. Ebenfalls werden diese Unternehmen weiterhin einen wichtigen Beitrag zu den Steuereinnahmen der Kantone leisten. Für die FDP Frauen gehört dieser Entscheid zu den wirtschaftspolitisch wichtigsten Entscheidungen der nächsten Jahre. Dementsprechend wurde unter der Leitung der FDP Frauen ein Frauenkomitee für die Steuerreform gegründet. Hier ein Auszug aus der Kampagne:

# Wir Frauen sagen **Ja** +

	<b>Alessandra Alberti</b> CEO Chocolat Stella AG		<b>Nicole Loeb</b> Loeb Holding AG		<b>Natalie Bickli</b> Nationalrätin ZH SVP
	<b>Claudia Eberle-Fröhlich</b> CEO Fröhlich Info AG		<b>Anita Luginbühl</b> Grossrätin BE BDP		<b>Barbara Schür</b> Rudolf Hirt AG
	<b>Doris Fiala</b> Nationalrätin ZH FDP		<b>Béatrice Löthi</b> CEO Löthi-Aufzüge AG		<b>Daniela Schneeberger</b> Nationalrätin BL FDP
	<b>Ida Glanzmann-Hunkeler</b> Nationalrätin LU CVP		<b>Géraldine Marchand-Balet</b> Nationalrätin VS CVP		<b>Elisabeth Schneider-Schneiter</b> Nationalrätin BL CVP
	<b>Alice Glauser</b> Nationalrätin VD SVP		<b>Isabelle Moret</b> Nationalrätin VD FDP		<b>Sandra Sollberger</b> Nationalrätin BL SVP
	<b>Ruth Humbel</b> Nationalrätin AG CVP		<b>Carolina Müller-Möhl</b> Müller-Möhl Group		<b>Mirjam Staub-Bisang</b> CEO Independent Capital Group AG
	<b>Eva Jaishi</b> CEO PB Swiss Tools AG		<b>Roberta Pantani</b> Nationalrätin TI Lega dei Ticinesi		<b>Franziska Tschudi</b> CEO Wicor Holding AG
	<b>Barbara Keller-Inhelder</b> Nationalrätin SG SVP		<b>Nadja Pieren</b> Nationalrätin BE SVP		<b>Carmen Walker Späh</b> Volkswirtschafts- direktorin ZH FDP
	<b>Karin Lenzlinger</b> Lenzlinger Söhne AG		<b>Rosmarie Quadranti</b> Nationalrätin ZH BDP	<b>12. Februar 2017</b> <a href="http://www.steuerreform-ja.ch">www.steuerreform-ja.ch</a>	

## 10.7. Schlusswort

Ich danke Ihnen für die grossartige Unterstützung der FDP Frauen Schweiz im vergangenen Jahr und freue mich, das Zepter an Nationalrätin Doris Fiala weiterzugeben. Sie wird ab dem 1. April 2017 zusammen mit der neuen Generalsekretärin Irene Thalmann spannende, politische Herausforderungen annehmen und diese mit Kreativität, Elan und Geschick zu meistern wissen.

## 11. FDP.Die Liberalen Service Public

### Beat Schlatter, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Das Jahr 2016 stand unter vielen Vorzeichen. Zum einen stand die Wiederwahl in den Vorstand der FDP Schweiz an; zum zweiten die unsägliche Abstimmung „Pro-Service-Public“ des K-Tipp. Im Weiteren der Fraktionsapéro mit einem Politiker aus dem deutschen Bundestag. Und zu guter Letzt noch die dreimonatige Reise zur Beobachtung des US-Wahlkampfes.

Ein Schwergewicht als Präsident setzte ich dieses Jahr im Frühling auf die Abstimmung der „Pro-Service-Public“-Volksinitiative. In vielen Vorträgen und Auftritten in diversen Ortsparteien legte ich die Sicht der FDP Schweiz und auch unserer Vereinigung dar und stellte mich den Diskussionen. Obwohl die Umfragen auf einen sehr knappen und unsicheren Ausgang hinwiesen, konnten wir mit klarem Mehr die Abstimmung für uns gewinnen.

Mit einem Mandat der FDP Schweiz konnte ich während drei Monaten den Präsidentschaftswahlkampf in den USA beobachten. Konkret weilte ich vom 20. August bis Ende November in Washington, um Erkenntnisse und Konsequenzen für die FDP Schweiz abzuleiten. In meiner Abwesenheit führte mein Vizepräsident, Daniel Seiler, die Geschicke der Vereinigung.

Einen Erfolg konnten wir an der Generalversammlung vom April verbuchen. In den Gesamterneuerungswahlen in den Vorstand der FDP Schweiz erhielten wir unseren Sitz ex officio und müssen unseren Vertreter nicht mehr durch die Delegierten wählen lassen.

Ebenso wurde im April unsere neue Parteipräsidentin, Petra Gössi, einstimmig gewählt. Es sei ihr an dieser Stelle viel Kraft und Erfolg im neuen Amt gewünscht.

Zudem konnten wir, bis auf zwei oder drei Ausnahmen, an allen Vorstandssitzungen der FDP Schweiz teilnehmen und uns und unsere Vorstellungen einer liberalen und schlanken Bundesverwaltung nachhaltig in diesem Gremium einbringen.

Im Weiteren waren wir an den meisten Präsidentenkonferenzen der FDP Schweiz vertreten und jedes Mal, wenn auch mit einer Minidelegation, an den Schweizerischen Delegiertenversammlungen präsent.

### 11.1. Veranstaltungen 2016

Es wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- › Der erste Anlass in diesem Jahr war der Fraktionsapéro vom 15. März 2016. Als Gast durften wir Herrn Klaus-Peter Willsch begrüßen. Herr Willsch ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Abgeordneter der CDU. Willsch legte uns in einem spannenden Referat seine Sicht der Europäischen Finanzen und insbesondere der Rettung Griechenlands dar.

- › Den Anlass als Erfolg zu verzeichnen, dürfen wir uns auf die Fahne schreiben; nahmen doch ein Viertel der Parlamentarier unserer Partei an diesem Event teil. Ein kleines B-Moll gehört aber auch dazu: der Anlass schlug finanziell massiv zu Buche. Es mussten die Reisen des Referenten, seiner Gattin sowie seines Assistenten durch uns getragen werden. Ebenso die Hotelkosten und weitere Auslagen. Die Kosten von mir als Präsidenten, welche die Flugkosten nach Berlin und retour zu einem Vorgespräch beinhalteten, wurden selber finanziert. Dies führte dazu, dass wir auf einen Frühlingsanlass verzichteten.
- › Auch dieses Jahr nahmen wieder viele Mitglieder unserer Vereinigung am traditionellen Fraktionsausflug, welcher in den Kanton Waadt führte, teil. Es ist immer wieder interessant, sich mit den Protagonisten der Schweizer Politik auch einmal in entspanntem Rahmen unterhalten zu können.
- › Am 21. September 2016 durften wir ein sehr spannendes, lehrreiches und unterhaltsames Referat von Alex Miescher, Generalsekretär des schweizerischen Fussballverbands SFV, zum Thema Resilienz erleben. Mit vielen treffenden Beispielen hat er die Wichtigkeit der Resilienz in der heutigen, schnelllebigen Zeit und der Informationsüberflutung erläutert. In Abwesenheit des Präsidenten führte Daniel Seiler durch den Anlass.

## 11.2. Aus dem Vorstand

- › Der Vorstand der FDP.Die Liberalen Service Public traf sich an drei Sitzungen zur Abarbeitung der reglementarischen Geschäfte. In zahllosen bilateralen Einzelgesprächen konnten auch die ausserordentlichen Geschäfte erledigt werden.
- › Das kommende Vereinsjahr wird uns personell einige Veränderungen bringen. So scheidet Hildegard Weber aus dem Vorstand aus. Sie wird zurzeit nicht ersetzt.
- › Im Weiteren werden sich alle anderen Mitglieder einer neuen zweijährigen Wahl stellen. Somit werde auch ich mich als Präsident nochmals zwei Jahre zur Verfügung stellen. Mein Schwergewicht in dieser Zeit wird es sein, eine geeignete Nachfolge als Präsident aufzubauen.

## Ausblick

- › Ein Thema, welches uns in den kommenden Jahren weiterhin intensiv beschäftigen wird, ist die Bekanntmachung unserer Vereinigung in den Kantonen und Gemeinden. Nach wie vor stelle in persönlichen Gesprächen immer wieder fest, dass Bundesangestellte, welche in einer Ortspartei der FDP Mitglied sind, unsere Vereinigung nicht kennen. Die Behebung dieses „Misstandes“ muss das Schwergewicht der kommenden Jahre sein. Dazu braucht es unser aller Engagement: dasjenige der Mitglieder, welche bei jeder Gelegenheit auf die FDP.Die Liberalen Service Public aufmerksam machen, und das des Vorstandes, welcher geschlossen an möglichst vielen Veranstaltungen aufzutreten hat.

## 12. FDP International

### Francois Baur, Präsident FDP.Die Liberalen International

#### 12.1. Realisierte Projekte 2016

##### Vertretung der FDP in internationalen Organisationen

###### › ALDE

Wie im Jahresprogramm für 2016 festgelegt, hat die FDP International die Präsenz der FDP Schweiz in den internationalen liberalen Organisationen verstärkt und gefestigt. So haben François Baur und Dimitri Allaz die FDP Schweiz anlässlich der Ratssitzung der Allianz der Liberalen und Demokraten Europas (ALDE) vom 1. – 3. Juni 2016 in der litauischen Hauptstadt Vilnius vertreten. Auch am Kongress der ALDE vom 1. – 3. Dezember in Warschau vertraten drei Mitglieder der FDP International die Interessen der FDP Schweiz. Ausserdem war mit Luc Guimont erstmals ein Auslandschweizer aus Canada Mitglied der Schweizer Delegation. Während des Kongresses wurden viele Kontakte mit Vertretern anderer liberaler Parteien Europas geknüpft. Durch die Änderung der Statuten erhält die FDP eine stärkere Vertretung in den Gremien von ALDE: 3 Delegierte im ALDE-Rat (bisher 2) und 14 Delegierte im Kongress (bisher 12). Ziel der FDP International für 2017 wird sein, eine entsprechende Delegation an die ALDE-Gremien zu entsenden, die nicht nur aus Mitgliedern bestehen sollte, sondern auch aus interessierten FDP-Parlamentariern und Regierungsvertretern.

###### › Liberal International

2016 traf sich Liberal International zu zwei Vorstandssitzungen: vom 20. - 22. Mai in Tiflis (Georgien) und vom 11. - 13. November in Marrakesch (Marokko). Leider war es der FDP International nicht möglich, Delegierte zu finden, die die Interessen der FDP Schweiz an diesen Anlässen vertreten hätten. Die FDP Schweiz ist seit 2015 wieder beobachtendes Mitglied bei Liberal International und wird ab 2017 wieder Vollmitglied mit Stimmrecht sein können. Ziel für 2017 wird es sein, mit einer Delegation, die auch Parlamentarier und Regierungsvertreter umfasst, am Jubiläumskongress zum 70-jährigen Bestehen von Liberal International in Andorra im Mai teilzunehmen.

##### Veranstaltungen

Auch 2016 konnten wieder ein paar Veranstaltungen in der Schweiz und im Ausland erfolgreich durchgeführt werden:

- › Ein Besuch des Europarats in Strassburg mit einem Treffen der FDP-Vertreterin der parlamentarischen Delegation der Schweiz beim Europarat, der Zürcher Nationalrätin Doris Fiala, sowie einem Empfang in der Schweizer Vertretung beim Europarat und einem Gespräch mit Botschafter Markus Börlin. Bereits 2016 war ein solcher Besuch durchgeführt worden, der allen Mitgliedern der FDP-Parteien offensteht. Mit 31 Personen aus allen Landesteilen hat sich die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt.
- › Präsentation von FDP International anlässlich der Mitgliederversammlung des Parti Radical du Canton de Genève im Juni auf Einladung des Präsidenten, Alexandre de Sernarclens. Dabei wurde eine Zusammenarbeit für gemeinsame Veranstaltungen mit der Groupe International der PLR Genève vereinbart.

- › Präsenz der FDP International anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Auslandschweizerorganisation auf dem Berner Bundesplatz im August. Da die Standkosten es den internationalen Sektionen der Parteien unmöglich machten, mit jeweils einem eigenen Stand aufzutreten, konnte die FDP International die internationalen Sektionen der SP, SVP und CVP dazu bewegen, gemeinsamen einen Stand zu betreiben und sich die Kosten zu teilen.

## 12.2. Internes

### **Lokale Gruppen**

2015 verfolgte die FDP International die Gründung von lokalen Gruppen, vorerst in London und Brüssel. Zweck ist die bessere Vernetzung der Mitglieder vor Ort und die Kontaktnahme mit liberal-demokratischen Organisationen im Ausland (im Falle von London der Liberal-Democratic Party und von Liberal International, die ihren Hauptsitz in London haben). In Brüssel ist ALDE beheimatet. Am weitesten fortgeschritten sind die Arbeiten zur Gründung einer lokalen Gruppierung in Brüssel. Die Bemühungen zur Gründung lokaler Sektionen im Ausland sollen auch 2017 fortgeführt werden.

### **Mitglieder**

Zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 1. Januar 2017 konnten 10 neue Mitglieder gewonnen werden, insbesondere in der Periode zwischen Januar und August. Ende 2016 hatte FDP International 110 Mitglieder und 19 Sympathisanten.

### **Vorstand**

An der Generalversammlung im August wurden drei neue Mitglieder in den Vorstand gewählt. Es handelt sich um:

- › Dimitri Allaz, Mitglied des Vorstands der Jungfreisinnigen und dort zuständig für internationale Beziehungen
- › Pierre Della Bianca, Master in internationalen Beziehungen und Absolvent des Collège d'Europe in Brügge
- › Roger Kölbener, Master in europäischen Beziehungen, politischer Berater

Dadurch wurde der Vorstand auf die statutarisch maximal vorgesehene Anzahl von 9 Mitgliedern erweitert. Die weiteren Vorstandsmitglieder und ihre Funktion hat sich nicht geändert und ist wie folgt:

- › Der Präsident, François Baur, auch für die internationalen Beziehungen verantwortlich, Beauftragter der FDP für die Beziehungen zur ALDE
- › Die Vizepräsidentin, Helen Freiermuth, verantwortlich für die Anliegen der Schweizer im Ausland
- › Peter Balsiger, verantwortlich für die Anliegen der Ausländer in der Schweiz
- › Eric Roesch, in Chicago lebend, verantwortlich für Digitalisierung
- › Florian Baccaunaud, Generalsekretär, für die Mitgliederbetreuung verantwortlich.
- › Samuel Lanz, als Generalsekretär der FDP Schweiz ex officio Mitglied des Vorstands von FDP International

## 13. PLR.Les Libéraux-Radicaux International

**François Baur, président PLR.Les Libéraux-Radicaux International**

### 13.1. Principales réalisations 2016

#### Représentation internationale

##### › ALDE

Dans la droite ligne des actions entreprises en 2016, le PLR International a reconduit et amélioré la représentation du PLR Suisse auprès des organismes libéraux internationaux. Ainsi, François Baur et Dimitri Allaz ont représenté les intérêts du parti lors de la réunion du conseil de l'Alliance libérale-démocrate en Europe (ALDE) qui s'est déroulée le 4 mai à Vilnius (Lituanie). Ce fut également le cas à Varsovie, à l'occasion du Congrès annuel de ce même parti, auquel se sont rendus François Baur, Roger Kölbener. Pour la première fois, avec Luc Guimont, un membre du PLR International venu du Canada, faisait partie de la délégation. A cette occasion, de très nombreux contacts avec d'autres parties européennes, mais aussi les responsables de l'ALDE ont été noués. Lors de ce Congrès, le PLR Suisse s'est également vu doter d'un pouvoir de représentation accru : il dispose désormais de 3 voix au Conseil d'ALDE, contre 2 en 2016, ainsi que de 14 au Congrès, contre 11 l'année dernière. L'objectif de la section sera donc d'obtenir la participation d'une délégation conséquente en 2017, composée, non seulement de membres, mais également des élus du parti intéressés.

##### › Libéral International

Liberal International (LI) s'est réuni à deux séances du comité exécutif du 20 au 22 mai à Tbilissi (Géorgie) et à Marrakech (Maroc) du 11 au 12 novembre 2016. Malheureusement, le PLR International n'a pas pu trouver des personnes prêtes à représenter le PLR Suisse lors de ces réunions. Depuis 2015, le PLR Suisse est de nouveau membre observateur de Liberal International et devrait être confirmé en tant que membre à part entière avec le droit de vote à partir de 2017. L'objectif pour le PLR International est donc d'organiser une délégation suisse pour le congrès du 70ième anniversaire de LI qui se tiendra à Andorre du 18 au 21 mai 2017. Cette délégation devrait également comporter comme membres des parlementaires et membres de gouvernements suisses.

#### Evénements

Plusieurs événements internationaux et participations ont été organisés avec succès par la section en 2016:

- › Une visite du Conseil de l'Europe à Strasbourg, organisée par le PLR International, en présence de la conseillère nationale zurichoise Doris Fiala, suivie d'une réception au sein de la représentation suisse à Strasbourg, en présence de l'ambassadeur Markus Börlin. Cet événement, qui avait déjà été organisé en 2015, a réuni 31 membres du PLR, venus de toute la Suisse, soit près du double par rapport à la fois précédente.
- › Les travaux menés en faveur du développement de l'activité du PLR International au cours des dernières années ayant porté leurs fruits, le Président du PLR Genève, Alexandre de Senarclens a souhaité présenter la section lors de l'assemblée des délégués du canton de Genève, en juin dernier. Ceux-ci se sont montrés

intéressés par la présentation de François Baur et les prises de contacts dans le cadre de l'organisation d'événements futurs ont été effectuées.

- › La représentation du PLR lors du Centenaire de l'Organisation des Suisses de l'étranger, qui se tenait sur la place fédérale, à Berne. Lors de cet événement, le coût des stands rendait difficile la présence des sections internationales. Or, la vie politique est un des principaux liens des expatriés avec la Suisse. A l'initiative du PLR International et suite aux négociations avec les organisateurs, il fut donc possible d'obtenir un stand, partagé par les quatre partis disposant d'une section internationale.

## 13.2. Informations internes

### Sections

En 2015, le projet de création d'une section bruxelloise et londonienne du PLR International a vu le jour. Elles visent à concrétiser et intensifier les liens et travaux communs internationaux avec les expatriés partisans des idées libérales-radicales. Via l'action du président du PLR International, la section bruxelloise est d'ores et déjà en cours de création. Ce projet se poursuivra en 2017.

### Membres

Entre le 1<sup>er</sup> janvier 2016 et le 1<sup>er</sup> janvier 2017, 10 membres ont adhéré au PLR International. Ces adhésions se sont essentiellement effectuées entre début janvier et fin août. Début janvier 2017, le PLR International compte donc 110 membres et de 19 sympathisants.

### Comité

Lors de la dernière Assemblée générale, en août 2016, trois nouveaux membres du comité ont été élus. Il s'agit de :

- › Dimitri Allaz, également membre du comité des Jeunes Libéraux-Radicaux, en tant que responsable pour les relations internationales.
- › Pierre Della Bianca, diplômé dans le domaine des affaires internationales et du collège européen de Bruges
- › Roger Kölbener, spécialiste des relations internationales européennes, consultant politique

Ces nouvelles participations portent le nombre des membres du comité à 9, soit le maximum autorisé par les statuts. L'organisation des autres membres du comité et la répartition de leurs fonctions n'a, par ailleurs, pas été modifiée et demeure donc la suivante :

- › François Baur, président, responsable des relations internationales
- › Helen Freiermuth, vice-présidente, responsable des relations avec les Suisses de l'étranger
- › Peter Balsiger, responsable des relations avec les étrangers vivants en Suisse
- › Eric Roesch, responsable de la digitalisation
- › Florian Baccaunaud, secrétaire général, responsable des adhésions
- › Samuel Lanz, qui en tant que secrétaire général du PLR Suisse est membre ex officio au comité du PLR International.

## 14. Anhang – Annexe

### 14.1. Anhang A – Annexe A

#### Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2016

#### Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2016

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/positionen/vernehmlassungen.html> // <http://www.plr.ch/positions/consultations.html> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-mail: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch)

### 14.2. Anhang B – Annexe B

#### Parteivorstand

#### Mitglieder per 31. Dezember 2016 – Membres le 31 décembre 2016

##### Präsidentin / Présidente:

- › Gössi Petra Nationalrätin (SZ)

##### Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Caroni Andrea Ständerat (AR)
- › Lüscher Christian Conseiller national (GE)
- › Nantermod Philippe Conseiller national (VS)
- › Vitta Christian Staatsrat (TI)
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE)

##### Vorstand / Comité:

- › Lanz Samuel Generalsekretär
- › Cassis Ignazio Fraktionspräsident, Nationalrat (TI)
- › Walti Beat Vize-Präsident der Fraktion, Nationalrat (ZH)
- › Hefti Thomas Vize-Präsident der Fraktion, Ständerat (GL)
- › Schlatter Beat Präsident FDP Service Public
- › Walker Späh Carmen Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz
- › Silberschmidt Andi Präsident der Jungfreisinnigen
- › Dobler Marcel Beisitzer
- › Miauton Philippe Beisitzer
- › Scheuermeyer Christian Beisitzer
- › Schneeberger Daniela Beisitzerin
- › Waser Ruedi Beisitzer
- › Wavre Rolin Beisitzer

### 14.3. Anhang C – Annexe C

#### Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2016 – Comité du Groupe le 31 décembre 2016

##### Mitglieder mit Stimmrecht

###### Fraktionspräsidentin / Présidente du Groupe:

- › Cassis Ignazio Nationalrat (TI)

###### Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Walti Beat Nationalrat (ZH)
- › Hefti Thomas Ständerat (GL)

###### Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem:

- › Gössi Petra Nationalrätin (SZ), Parteipräsidentin
- › Comte Raphaël Ständerat (NE), Mitglied Büro SR
- › Keller-Sutter Karin Ständerätin (SG), Mitglied Büro SR
- › Markwalder Christa Nationalrätin (BE), Mitglied Büro NR
- › Burkhart Thierry Nationalrat (AG), Mitglied Büro NR

##### Mitglieder ohne Stimmrecht

###### Bundesräte / Conseillers fédéraux:

- › Burkhalter Didier
- › Schneider-Ammann Johann N.

###### Partei ex.off / Parti ex.off:

- › Lanz Samuel Generalsekretär
- › Jean-Richard Charles Fraktionssekretär
- › Därendinger Georg Kommunikationschef
- › Caroni Andrea Vizepräsident, Ständerat (AR)
- › Lüscher Christian Vizepräsident, Conseiller national (GE)
- › Nantermod Philippe Vizepräsident, Conseiller national (VS)
- › Vitta Christian Vizepräsident, Staatsrat (TI)
- › Wasserfallen Christian Vizepräsident, Nationalrat (BE)

### 14.4. Anhang D – Annexe D

#### Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2016 – le 31 décembre 2016)

##### Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Lanz Samuel

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

[lanz@fdp.ch](mailto:lanz@fdp.ch) – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**Generalsekretärin FDP Frauen / Secrétaire générale Femmes PLR**

Claudine Esseiva

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

[esseiva@fdp.ch](mailto:esseiva@fdp.ch) – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

[www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch)

**Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public**

Beat Schlatter

FDP.Die Liberalen. Service Public, Postfach 7508, 3001 Bern

[beat.schlatter@vtg.admin.ch](mailto:beat.schlatter@vtg.admin.ch)

[www.fdp-servicepublic.ch](http://www.fdp-servicepublic.ch)